35. Jahrgang. Mittwoch, 24. Februar. Morgen-Ausgabe.

Danziger Zeitung.

Nr. 19378.

Die „Danziger Zeitung" erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Ketterhagergasse Nr. 4, und bei allen kaiserl. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. Preis pro Quartal 3,50 Mk., durch die Post bezogen 3,75 Mk. — Inserate kosten für die siebengespaltene gewöhnliche Schriftzeile oder deren Raum 20 Pfg. — Die „Danziger Zeitung" vermittelt Insertionsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1892.

„Insipide" Kundgebungen.

Im Laufe der Berathungen über das Volksschulgesetz hat der Cultusminister mit einer erstaunlichen Behendigkeit Versuche gemacht, die freisinnigen Mitglieder des Abgeordnetenhauses in ihrer Verurtheilung der Vorlage unter einander oder mit den Lehrern oder mit ihren Gesinnungsgenossen im Lande in Widerspruch zu setzen. Bei der ersten Berathung berief er sich darauf, daß er über den Entwurf mit Mitgliedern aller Parteien, mit Ausnahme des Centrums, correspondirt habe und Mitglieder der freisinnigen Fraction sich über den Entwurf ihm gegenüber in beifälliger Weise geäußert hätten. In der Commission darüber zur Rede gestellt, nannte Graf Zedlitz den Namen des Herrn Zelle, der in Folge der Wahl zum Bürgermeister inzwischen sein Mandat niedergelegt hat. Alsdann wurde festgestellt, daß der Cultusminister im September v. J. über das Volksschulgesetz Rücksprache gehalten hat. Graf Zedlitz erklärte sich Herrn Zelle gegenüber als Freund der Selbstverwaltung und Zelle verstand ihn so, daß er den in dieser Beziehung geäußerten Wünschen entgegenkommen wolle. Wie Herr Zelle über das jetzt vorgelegte Gesetz denkt, ergab sich aus der Rede, mit der er sich am 7. d. M. von seinen Berliner Wählern verabschiedete und in der er den Entwurf als einen ganz unannehmbaren bezeichnete. Er meinte, wenn es wirklich gelingen sollte, die ganze Schule und das Lehrsystem mit Kleist-Stöcker'schem Bekenntniß zu durchdringen, die Selbstverwaltung bei Seite zu schieben, die Schulvorstände aus confessionellen Hausvätern zu bilden und die wichtigsten Functionen an Staatsorgane zu übertragen, dann werde es allerdings traurig bestellt sein mit der Volksschule. Also ganz wie Herr Rickert u. Gen. Letzten Montag erzählte der Cultusminister in der Commission, als Beweis dafür, daß er den Lehrern die freie Discussion über das Gesetz nicht verschränken wolle, er habe Tags zuvor eine Deputation Berliner Lehrer empfangen, die sich aber ganz anders ausgesprochen hätte, als die freisinnige Partei. Vom Verein der Berliner Lehrer, der über 1900 Mitglieder zählt, wurde aber festgestellt, daß Mitglieder desselben nicht zu der angeblichen „Deputation" gehörten, daß also die Herren, die sich dem Cultusminister vorgestellt, gar nicht das Recht hatten, sich als Beauftragte der Berliner Lehrer zu geriren, die in ihrer übergroßen Mehrheit über die Vorlage genau so denken, wie die freisinnige Partei. Endlich letzten Dienstag verlas der Minister eine Aeußerung des Abg. Virchow gegenüber einen Brief eines seiner persönlichen Freunde, eines freisinnigen Mannes, der eine führende Stellung einnehme. Der Briefschreiber erklärte, die Vorlage widerstrebe ihm zwar innerlich auf das äußerste, aber die Phrasen von der Schmälerung der Selbstverwaltung, von Präfectenwirthschaft, die durch das Gesetz eingeführt werde, finde er „insipide". Der Minister verlas diesen Brief, wie er ausdrücklich erklärte, zum Beweise dafür, daß die Mehrheit der Bevölkerung über die Vorlage ganz anders denke, als Herr Virchow u. Gen.

Wer dieser „freisinnige" Freund des Grafen Zedlitz ist, wissen wir nicht. Aber was die Schmälerung der Selbstverwaltung durch das Gesetz betrifft, so sind zweifellos die competentesten Beurtheiler die Träger der Selbstverwaltung selbst, die Vorsteher städtischer Communen. Berliner Magistrat und Stadtverordnete haben den Reigen der Proteste gegen das Gesetz eröffnet. Der pommersche, der brandenburgische, der sächsische Städtetag sind nachgefolgt. Der letztere hat bekanntlich letzten Sonnabend in Halle getagt und es waren auf demselben nicht weniger als 27 Städte durch ungefähr 70 Mitglieder vertreten, und einstimmig hat er eine Petition an den Landtag um Ablehnung des Gesetzes beschlossen. Man wollte nicht, erklärte in der Begrüßung der Versammlung der Oberbürgermeister von Halle, in einseitigem Parteiinteresse Stimmung gegen das Gesetz machen. Die imposanteste Kundgebung gegen das Gesetz sei diejenige der akademischen Lehrer der Universität Halle, zu der sich Männer verschiedener politischen Parteien und kirchlichen Richtungen einmüthig zusammengefunden hätten (und der inzwischen auch die Berliner Universität gefolgt ist). Auch der Städtetag wolle in würdiger und gesetzmäßiger Weise, aber einmüthig eintreten mit seinen Wünschen und Bedenken gegen das Gesetz im Interesse der Städte, die er vertritt. In der von dem Stadtschulrath Platen (Magdeburg) verfaßten Begründung der Petition wird daran erinnert, wie durch die Instruction vom 26. Juni 1811, die als Ergänzung der Stein'schen Städteordnung von 1808 erlassen wurde, die städtischen Schuldeputationen eingeführt wurden, „um das Ganze des Schulwesens unter eine einfache und harmonische Leitung zu bringen". Die Petition stellt im einzelnen die bisherige Organisation der von dem Grafen Zedlitz geplanten gegenüber und kommt zu dem Schlusse:

„Die jetzige Schulselbstverwaltung soll aufhören und die Schulverwaltung ausschließlich dem Staate und der Kirche überwiesen werden, den Städten aber an Stelle alter bisheriger Rechte wesentlich nichts bleiben, als die Verpflichtung zu zahlen, was Staat und Kirche von ihnen fordern."

Und Stadtschulrath Platen als **Referent** erklärte:

„Das Gesetz, wie es im Entwurf vorliege, bedeute **Vernichtung der Selbstverwaltung der Städte. Vernichtung des confessionellen Friedens im Vaterland, einen Rückschritt der culturellen Entwickelung und Aufgaben unseres Volkes um 100 Jahre, bis zurück hinter die Zeit Friedrichs des Großen."**

Schließlich faßte der Oberbürgermeister von Erfurt, Herr Schneider, das, was die Versammlung wolle, in eine Resolution zusammen, welche der Versammlung empfahl, in Erwägung, daß der vorgelegte Entwurf 1) das Selbstverwaltungsrecht der Städte in den maßgebendsten Punkten preisgiebt, 2) unveräußerliche Rechte der Staatshoheit in Bezug auf das Schulwesen der Kirche ausliefert, 3) die Gefahr verhängnißvoller religiöser Spaltungen und schweren confessionellen Hader heraufbeschwört, 4) die unerläßliche Selbstständigkeit des Lehrerstandes schwer beeinträchtigt und dessen Rechtsstellung ernstlich gefährdet, den vorgelegten Entwurf einer Petition einstimmig anzunehmen, was unter lautem anhaltenden Bravo einstimmig geschah. Das ist der Ausdruck der Ueberzeugung des sächsischen Städtetages, und diese entspricht, wie auch Graf Zedlitz nicht in Abrede stellen wird, völlig der Auffassung der freisinnigen Partei. Wenn der Cultusminister den Muth hat, den Inhalt dieser Kundgebung mit seinem „freisinnigen" Freunde für „insipide Phrasen" zu erklären — wir beneiden ihn nicht um diesen Muth.

Der preußische Landeslehrerverein und das Schulgesetz.

Der Gesammtvorstand des preußischen Landeslehrervereins, der zur Zeit 40 000 Mitglieder zählt, hielt am 20. und 21. d. M. behufs Stellungnahme zu dem Schulgesetzentwurf eine außerordentliche Versammlung in Berlin ab. Vertreten waren sämmtliche Provinzialvereine mit Ausnahme des hessischen, der seine Anträge durch den geschäftsführenden Ausschuß vorlegen ließ. Die Versammlung erblickte ihre Aufgabe nicht darin, in allgemeinen Thesen zu dem Entwurf sich zu äußern, sondern in einer größeren Zahl von Einzelvorschlägen die Wünsche der Lehrerschaft zum Ausdruck zu bringen. Die von den Kreisvereinen an die Provinzialverbände und von diesen dem geschäftsführenden Ausschuß, zur Zeit in Magdeburg, Vorsitzender Lehrer A. Schröder, eingereichten Vorschläge waren in einer Vorlage zusammengestellt und wurden den Berathungen zu Grunde gelegt. Im Nachstehenden geben wir die wesentlichsten Beschlüsse inhaltlich wieder.

Die Volksschule möge als die allgemeine Grundlage für sämmtliche Unterrichtsanstalteu anerkannt werden (zu § 1 des Gesetzentwurfs). Einer Lehrkraft mögen nicht mehr als 60 Kinder zugewiesen werden (§ 4). In Bezug auf die wöchentliche Stundenzahl der Unterrichtsgegenstände und die Ziele der Lehrfächer mögen die „Allgemeinen Bestimmungen" in Kraft bleiben (§ 6). Den Gemeinden stehe das Recht zu, paritätische Schulen ins Leben zu rufen, namentlich dann, wenn dadurch eine zweckmäßigere Organisation der Schule ermöglicht wird. Eine Auflösung bestehender Simultanschulen ohne Zustimmung der Gemeinden werde vermieden (§§ 14 und 15). Die Theilnahme am Religionsunterricht der Schule werde von Kindern, die einer vom Staate nicht anerkannten Religionsgesellschaft angehören, nicht zwangsweise gefordert (§ 17). Das den Beauftragten der Religionsgesellschaften zugesprochene Recht, den Lehrer mit Weisungen zu versehen, werde nicht direct, sondern durch die vorgesetzte staatliche Behörde ausgeübt. Das Recht zur Ertheilung des Religionsunterrichts werde dem Lehrer nur auf Grund eines Disciplinarerkenntnisses genommen. Das den Religionsgesellschaften zuerkannte Recht der Beaufsichtigung des Religionsunterrichtes werde nur durch einen für einen größeren Bezirk ernannten kirchlichen Commissarius ausgeübt, und Ausstellungen mögen der vorgesetzten staatlichen Behörde mitgetheilt werden (§ 18). Die Gesammtdauer der Ferien werde in den Volksschulen der in den höheren Lehranstalten der betreffenden Provinz gleichgesetzt (§ 19). Auf dem Lande möge nicht nur dem ersten, sondern jedem Lehrer eine Dienstwohnung gegeben werden (§ 22). — Die den größeren Gemeinden auf dem Gebiete des Schulwesens bisher gewährten Rechte mögen keinerlei Beschränkung erfahren. Die Verwaltung der Volksschulangelegenheiten werde auf allen Stufen nicht einzelnen Personen, sondern Collegialbehörden übertragen: den Bezirks-, Kreis- und Ortsschulbehörden. Die Schulaufsicht werde durch Fachmänner ausgeübt. Die Bestimmung des § 68: „Für jede Schule wird ein besonderer Schulvorstand eingerichtet", möge dahin geändert werden, daß der Schulvorstand für den ganzen Ort gemeinsam bestellt wird. Dem Schulvorstand werde das Recht gegeben, seinen Vorsitzenden aus seiner Mitte selbst zu wählen. Die Lehrerschaft möge nicht nur in der Orts-, sondern auch in der Kreisschulbehörde Sitz und Stimme erhalten, in entsprechender Zahl vertreten sein und durch Wahl der Lehrer selbst die betreffenden Vertreter bestimmt werden (§§ 51 bis 74). — Bei Zulassung von Privatschulen werde auch die Bedürfnißfrage mit in Betracht gezogen (§ 77). Das Seminar möge, wie in dem Entwurf ausgesprochen ist (§ 106), nicht zugleich als allgemeine und Berufs-Bildungsanstalt eingerichtet werden, sondern für den Eintritt ins Seminar die Absolvirung einer höheren Lehranstalt Voraussetzung [illegible]as Seminar sich auf die Uebermittelung der Fachbildung beschränken. Ein Vetorecht werde dem Geistlichen bei der Lehrerprüfung nicht gewährt (§ 112). Der niedere Küsterdienst werde vom Schulamt getrennt und dem Lehrer auch die freiwillige Uebernahme desselben nicht gestattet (§ 123). Zwangsweise Versetzung möge nur auf Grund eines Disciplinar-Erkenntnisses zulässig sein (§ 131). Der Mindestbetrag des Grundgehalts eines festangestellten Lehrers werde auf 1200 Mk. festgesetzt und da, wo die Preisverhältnisse es erfordern, angemessen erhöht. Einstweilig angestellte Lehrer mögen 75 Procent des Grundgehaltes beziehen. Das Grundgehalt werde von 10 zu 10 Jahren einer Revision unterzogen (§ 134). Der Lehrer möge durch Alterszulagen in 25 Jahren auf ein Höchstgehalt steigen, das mindestens das Doppelte des Grundgehalts beträgt (§ 137). Alle Naturalbezüge mögen abgelöst werden (§ 148). Der Ertrag des Dienstlandes werde nach dem einfachen Grundsteuerreinertrag angerechnet (§ 149). — Gemeinden, welche über die von der Schulaufsichtsbehörde geforderten Leistungen für die Volksschule hinausgehen, mögen durch keinerlei Vorschriften darin gehindert werden. Die Versorgung der Hinterbliebenen der Volksschullehrer werde auf Grund des betreffenden, für die unmittelbaren Staatsbeamten erlassenen Gesetzes geregelt (§ 182). Falls das vorliegende Schulgesetz, was auch **die Lehrerschaft allgemein wünscht, nicht in Kraft tritt,** möge ein Dotationsgesetz bald vorgelegt werden.

Hauptlehrer Mielke-Danzig wies beim Schlusse der Verhandlungen darauf hin, daß das Interesse an dem Schicksal der Volksschule und des Lehrerstandes in der ganzen Bevölkerung ein ganz außerordentliches sei und hob als eine ganz besonders erfreuliche Thatsache hervor, daß zwei Universitäts-Lehrkörper sich der Volksschule öffentlich angenommen haben. Redner gab dem geschäftsführenden Ausschuß anheim, letzteren in irgend einer Form den Dank der Lehrerschaft auszudrücken. Der Vorsitzende schloß die Verhandlungen mit dem Wunsche, daß sie der preußischen Volksschule zum Segen gereichen mögen.

Die Beschlüsse sollen der Unterrichtsbehörde und den beiden Häusern des Landtags mit einer kurzgefaßten Begründung zugehen. Hervorgehoben mag noch werden, daß von den öffentlichen Kundgebungen gegen den Schulgesetzentwurf diejenigen der Universitäten Berlin und Halle in der Lehrerschaft ganz besondere Freude hervorgerufen haben.

Deutschland.

□ **Berlin, 22.** Februar. Heute fand im Architektenhause die diesjährige **Generalversammlung des conservativ-agrarischen „Deutschen Bauernbundes"** statt. Den Vorsitz führte der Landtagsabgeordnete v. Plötz. Nachdem einige Redner in antisemitischem Sinne sich geäußert hatten, meinte der Vorsitzende: Wir wollen zwar hier keine Judendebatte führen, aber das ist allerdings auch meine Ansicht, daß zu Richtern und Lehrern nur solche Personen gemacht werden sollten, welche christlich und national denken. — Ein Großgrundbesitzer erzählte, um den wachsenden Einfluß der Socialdemokratie darzuthun, daß in der Gegend von Spremberg ein Rittergutsbesitzer existire, welcher in öffentlichen Versammlungen für die socialdemokratische Partei eintrete. Er forderte die Großgrundbesitzer auf, dagegen entschieden Stellung zu nehmen. Redner werde nach wie vor „mit der ganzen Kraft seiner Lunge" dieses Treiben bekämpfen. Frhr. v. Liliencron legte auch den Bauern dringend ans Herz, gegen die Socialdemokratie vorzugehen. Letztere zu überwinden, dazu genüge aber nicht die Kraft der Lunge, sondern die Prügel müßten zur Anwendung kommen. — Es gelangte (wie bereits telegraphisch gemeldet. D. R.) eine Resolution zur Annahme, worin dem Minister v. Zedlitz, der zuerst den Muth gehabt habe, ein solches Volksschulgesetz einzubringen, Dank und Anerkennung ausgesprochen wurde. Wer Christenthum, Monarchie und Vaterland erhalten wolle, müsse für das Gesetz eintreten. — Weiter wurde beschlossen, bei den politischen Wahlen nur solche Candidaten aufzustellen, die Mitglieder des Bauernbundes sind. Ein wirklicher Bauer beantragte, dafür einzutreten, daß den Reichstagsabgeordneten Diäten bewilligt werden weil ohne diese ein Bauer sich doch nicht wählen lassen könne. Der Vorsitzende erwiderte auf dieses Ansinnen, wenn man die Verfassung ändern wolle, so müsse man vor allem statt der geheimen Wahl eine **offene** und **freie** (!!) einführen. Bis dahin könne man Diäten nicht gebrauchen. Ein anderer wirklicher Bauer erklärte, er wolle offen gestehen, daß unter den Bauern allgemein Mißtrauen gegen die Großgrundbesitzer bestehe. Dieses sei zu beseitigen; Groß- und Kleingrundbesitzer müßten Hand in Hand gehen.

Die Errichtung von Darlehnskassen wurde erörtert und befürwortet. Zum Schluß stellte ein Redner dem Präsidenten ein gutes Zeugniß aus. Derselbe sei auch einer der Junker, die von den Freisinnigen so scharf bekämpft würden. Die Junker und Großgrundbesitzer arbeiteten aber mit ganzer Kraft für das Wohl der Bauern. Die Freisinnigen wollten nur Geld verdienen, mag auch darüber der Bauernstand und das ganze Vaterland zu Grunde gehen. Mit einem Hoch auf den Kaiser wurden die Verhandlungen geschlossen, deren hauptsächlichste Punkte wir in Vorstehendem zusammengefaßt haben.

* **Berlin,** 23. Febr. Ueber die kürzlich abgehaltene Sitzung des **Comités zur Erbauung der Kaiser Wilhelm-Gedächtnißkirche,** an welcher der Kaiser Theil nahm, macht die „Charlottenb. Ztg." folgende Mittheilungen: Der Erbauer der Kirche Baurath Schwechten erstattete Bericht über den bisherigen Fortgang des Baues. Danach ist

---

26) **Mädchenliebe.** (Nachdruck verboten.)

Von P. Caro.

Autorisirte Uebersetzung aus dem Französischen von A.

Draußen strömte der Regen nieder; sein gleichmäßiges Rieseln wiegte Bertrand in sanftes Sinnen; sein ein wenig verschleierter Blick ruhte träumerisch auf Lillis schönem Köpfchen, die ihm gegenüber saß, das Kinn in die Hand gestützt. Er hatte sich dann, ohne darauf zu achten, in den großen, ledernen Lehnstuhl gesetzt, in dem Lilli so oft ihren Vater hatte sitzen sehen. Sie bemerkte es, und gleichzeitig stieg die Erinnerung an jene trostlos langen Abende in ihr auf, an denen sie angstbeklommen des Vaters leisen, kurzen Schlummer bewacht, während sie alle auf Arthurs späte Rückkehr warteten, auf das Geräusch jener eiligen, im Dunkel tappenden Schritte, auf jenes fast unmerkliche Streifen an der Wand des Corridors entlang. Sie schauderte noch jetzt im Gedanken daran.

„Was hast du?" fragte Bertrand, der sie plötzlich, starren Blickes, mit gespannter, lauschender Miene sich aufrichten sah.

„Ach, nichts! — Erinnerungen! — Aber die Einbildung war so lebhaft, daß ich einen Augenblick lang wirklich Schritte im Corridor zu hören glaubte."

„Es ist nichts als das Heulen des Windes."

„Ja, gewiß. Und dennoch, man hätte es wirklich für Schritte, für ganz leise Schritte halten können."

„Franziska kann es nicht gewesen sein, denn sie tritt schwer auf. Du hast geträumt, mein süßes Kind!"

„Gott sei Dank! Ja . . . Ich begreife gar nicht, warum mir diese Abende früherer Zeit jetzt beständig ins Gedächtniß zurückkehren."

„Das ist eben dein Unrecht, meine liebe, kleine Lilli! Du sollst an nichts denken, als an mich allein."

„Wenn ich dich je verlieren sollte?"

„Mich verlieren? Ach, das wäre aber wirklich ein ganz entsetzliches Mißgeschick, das wäre ja gar nicht wieder gut zu machen! Sei ganz ruhig, mein Kind, einen Jägerhauptmann verliert man nicht wie eine Stecknadel. Das Leben ist mir lieb, meiner Treu! seitdem du mich lieb hast."

Im Begriff fortzugehen, bat Bertrand um die Erlaubniß, seine Braut küssen zu dürfen.

„Bedenken Sie, gnädige Frau, daß ich in wenigen Wochen Ihre Erlaubniß nicht mehr zu erbitten brauche", und während Frau Dauny noch unschlüssig und verlegen dastand und sich in Zweifeln und Skrupeln erging, drückte Herr v. Esparvis die Lippen auf Lillis rosige Wange, innerlich fluchend über die umständliche, feierliche Art, mit welcher jeder unschuldige Kuß beinahe zu einem notariellen Akt gestempelt wurde.

„Auf morgen!" flüsterte Lilli.

„Morgen? Nein, das geht leider nicht; morgen haben wir große Parade und Abends Empfang beim General. Das wird ein trauriger Tag morgen, ohne meine kleine Lilli; den muß man ganz aus dem Kalender streichen."

Ein letzter Händedruck noch, und er tritt hinaus in die Nacht, hinaus in die dunkle, sturmdurchpeitschte Straße, in welcher der matte Schein einiger Gaslaternen sich trübe auf dem regentriefenden Pflaster widerspiegelt. Lilli folgt ihm mit Blick und Gedanken, bis er verschwunden ist. Und jetzt ist er zu Ende, der wundervolle Tag! Als sie darauf die Thür mit leisem Seufzer schloß, da ahnte sie noch nicht, bis zu welchem Grade alles zu Ende, und daß schon der Abgrund tiefsten Leides sich zu ihren Füßen öffnete.

XII.

Lilli Dauny an Herrn Werner.

Lieber, lieber, vortrefflicher Freund!

„Ein furchtbares Unglück hat uns betroffen! Arthur, der gestern plötzlich angekommen, ist soeben in unserem Hause, vor unseren Augen verhaftet und in das Gefängniß geführt worden. Warum? Was hat er gethan? Wir wissen nichts. Vielleicht ist er irrthümlich angeklagt, nicht wahr, das kommt bisweilen vor? Er hat seine Unschuld betheuert; ich möchte so gerne hoffen! Guter Onkel, da Sie noch einige Tage in Paris sind, helfen Sie uns! vielleicht gelingt es Ihnen zu erfahren, weshalb er angeklagt ist. Wir haben niemand, dem wir uns anvertrauen können, niemand als Sie. Rathen Sie uns, was thun, was soll daraus werden? Meine Mutter ist, von Schluchzen ermattet, eben eingeschlafen, sie ist wie niedergeschmettert. Ich sitze neben ihr, bei erlöschender Lampe, die ich nicht heller zu machen wage, aus Furcht, sie zu erwecken; selbst im Schlaf stöhnt sie und wehrt sich. Ich weiß nicht, ob Sie lesen können, was ich schreibe, meine Finger zittern so sehr, daß ich kaum die Feder halten kann. Und doch muß ich Ihnen sagen, was vorgefallen ist. Es kam wie ein entsetzlicher Traum, ein Trugbild der Hölle, so schnell, in so kurzer Zeit! Wie glücklich war ich und jetzt haben wenige Stunden genügt, meine Seele tödtlich zu treffen. Doch warum rede ich von mir! Arthur ist gestern Abend angekommen; wir hatten glückliche, heitere Stunden mit Bertrand zugebracht, da hörte ich leise Schritte und das unheimliche Streifen gegen die Wand im Corridor; er kam so verstohlen wie früher. Ich wollte es nicht glauben und doch war es so. Sobald Bertrand gegangen war, zeigte er sich. Bei seinem Anblick fühlte ich einen Stich im Herzen, er sah so verwirrt, so verängstigt aus, trotzdem er mit scheinbarer Ruhe sein plötzliches Kommen erklärte: Herr Levy Nash schicke ihn nach Brüssel in geheimer wichtiger Mission, die keine Verspätung dulde; er habe nicht die Stadt passiren wollen, ohne uns zu sehen. Das alles sagte er athemlos, wie auswendig gelernt, her. Dann plötzlich sprach er von Geld, beanspruchte seinen Antheil an der väterlichen Erbschaft und als unsere Mutter, in Folge Ihrer Rathschläge, ihm Widerstand entgegensetzte, ließ er sich hinreißen, uns zu beschimpfen und zu bedrohen, ja, er ging so weit, daß sie, des Kampfes müde, ihm endlich alles Geld, das sie im Hause hatte, gab, viel war es nicht. Dann widersprach er sich, denn trotzdem er versichert hatte, daß sein Auftrag keine Verzögerung dulde, ließ er alle Tageszüge nach Brüssel abfahren und entschloß sich, mit dem letzten Abendzug zu fahren. Er schien zu fürchten, daß man ihn sähe und erkenne, das alles war verdächtig. Gegen Abend bestimmte ich ihn dazu, mit mir auszugehen. Aufs Gerathewohl suchten wir das Freie und gingen stumm neben einander her, bis er über Müdigkeit klagte und wir umkehrten, er schlich, in sich gebeugt, an der Mauer hin. Wie die Zeit vorrückte, erhoffte ich seine Abreise, die ich wie eine Erlösung ersehnte, denn seine Wuth hatte uns

zu erwarten, daß der ganze Bau am 22. März 1895 seiner Bestimmung übergeben werden dürfte. Ueber den finanziellen Stand berichtete Herr von Hardt, daß circa 950 000 Mark bis jetzt zum Bau ausgezahlt worden sind. Da zur Vollendung der Kirche ca. 1 800 000 Mk. erforderlich sind, so werden noch erhebliche Mittel aufzubringen sein. Für die Herbeischaffung derselben wurden verschiedene Vorschläge gemacht, unter denen derjenige des Staatsministers v. Bötticher, Haussammlungen zu veranstalten, die meisten Sympathien in der Versammlung fand. Der Kaiser sprach in der Schlußansprache an die Versammlung sein lebhaftes Interesse für die baldige Vollendung der Kirche aus und hielt auch den Weg der Haussammlungen für den rechten.

* **[Der 90. Geburtstag des Hrn. v. Bockum-Dolffs]** zu Haus Böllinghausen an der Möhne gestaltete sich, wie man der „Köln. Ztg." schreibt, zu einer erhebenden und großartigen Feier. Unzählig waren die dargebrachten Glückwünsche und Geschenke. Abordnungen hatten aus dem Kreise Soest entsandt: der Kreisausschuß, die Stadtverwaltung Soest, die Amts-Versammlung Körbecke, der landwirthschaftliche Kreisverein Soest und die Erbsälzercollegien zu Werl und Sassendorf. Aus Berlin ging, wie schon erwähnt, Hrn. v. Bockum-Dolffs eine Glückwunschadresse mit zahlreichen Unterschriften alter Freunde aus allen Parteien, die mit ihm zusammen parlamentarisch thätig gewesen sind, zu. Der landwirthschaftliche Kreisverein Soest schenkte einen kunstvoll in Altena gearbeiteten Tafelaufsatz, dessen Spitze eine Eiche bildet und auf welchem auf die Landwirthhindeutende Figuren, das westfälische Wappen und das Wappen der Familie v. Bockum-Dolffs angebracht sind. Das Erbsälzercollegium in Sassendorff verehrte v. Bockum-Dolffs einen prachtvollen Becher, dem eine von Hrn. Director Brockfeld-Sassendorf künstlerisch ausgeführte Widmung beigegeben ist.

* **[Die Volksschulgesetz-Commission des Abgeordnetenhauses]** setzte Montag Abend ihre Berathungen fort. Zur Debatte standen (worüber schon kurz telegraphisch berichtet ist. D. R.) die §§ 15 und 11. Nach § 15 kann der Regierungspräsident, wo die Zahl der Schulkinder einer vom Staate anerkannten Religionsgesellschaft in einer Schule anderer Confession über dreißig steigt, vorbehaltlich der Bestimmung des § 11 bei Zustimmung der Gemeinde die Errichtung einer besonderen Volksschule für dieselben anordnen. Die gleiche Anordnung hat zu erfolgen, wenn die Zahl über sechzig steigt. Die versagte Zustimmung kann bei ländlichen Schulbezirken durch den Kreisausschuß, bei städtischen durch den Bezirksausschuß ergänzt werden. Dagegen dürfen nach § 11, wo drei- und mehrklassige Volksschulen existiren, Kinder nicht gegen den Willen der Eltern oder deren Stellvertreter einer einklassigen Volksschule zugewiesen werden. Abgeordneter **Hobrecht** (nat.-lib.) spricht gegen den Paragraphen sowohl aus Rücksicht auf die Leistungsfähigkeit der Gemeinden, wie auf die Güte des Unterrichts; er ist der Meinung, es handle sich bei dem Paragraphen gar nicht um den Schutz der confessionellen Minoritäten. Frhr. **v. Zedlitz** (freiconf.) möchte sich mit der Zahl 30 für das Eingreifen des Regierungspräsidenten nicht festlegen. Er wendet sich gegen den Antrag des Centrums, wie auch gegen den Antrag der Conservativen. Indem er die einklassige confessionell neu eingerichtete Schule den besseren dreiklassigen Schulen gegenüberstellt, befürchtet er, daß man in die Lage kommen werde, zu wünschen, daß die einklassige Schule wieder beseitigt werde. Der Antrag der Freiconservativen wolle dem vorbeugen. Abg. **Rickert**: Er sei principaliter dafür, den § 15 zu streichen. Es sei gar nicht ausgeschlossen, daß die Eltern die Beschaffung einer confessionellen Schule provocirten, wenn die nöthige Kinderzahl vorhanden sei, und hinterdrein von der Befugniß des § 11 Gebrauch machten und die Beseitigung der nach § 15 eingerichteten Schule herbeiführten. Der Antrag der Conservativen sei noch eine bedeutende Verschärfung der Regierungsvorlage. Cultusminister Graf **Zedlitz**: Es giebt über 2000 Schulen, die unter 30 Kinder haben. In den deutschen Ostprovinzen ist ein Schutz der deutschen Minoritäten einfach unmöglich, denn ein Gesetz besteht, daß eine höhere Zahl als dreißig vorsieht. Auch für ihn seien die Anträge des Centrums wie die der Conservativen bedenklich. Die Prüfung des einzelnen Falles durch die Regiminalbehörden, die Gemeinden, den Kreis- oder Bezirksausschuß, bieten alle irgend wünschenswerthen Garantien gegen das Vorkommen von verkehrten Schulbildungen. Der Antrag Virchow sei ihm durchaus genehm. Abg. **Friedberg** (nat.-lib.): Im Vorjahre nahmen die Conservativen eine ganz andere Stellung ein. Ihr jetziger Antrag zu § 11 macht den ganzen Schutz, den dieser Paragraph den Eltern gewährt, indem gegen ihren Willen das Kind einer einklassigen Schule nicht zugewiesen werden darf, wo eine mehrklassige existirt, einfach illusorisch und bringt somit noch eine ganz bedeutende Verschärfung der an sich schon übermäßigen Confessionalität des Gesetzes. Abg. **Rintelen** (Centr.): Es sei noch lange nicht ausgemacht, daß eine einklassige Schule stets minderwerth sei als eine mehrklassige. Was wird unter Stellvertreter der Eltern verstanden? Den § 11 sähe er im Interesse des Confessionalitätsprincips am liebsten ganz gestrichen. Abg. **Rickert** (freis.) wendet sich namentlich gegen die Ausführungen des Abg. Rintelen. Abg. Graf **Limburg**-Stirum (conf.): Auch er könne keineswegs zugeben, daß die drei- oder mehrklassige Schule unbedingt besser sein müsse als die einklassige. Ebenso wenig sei es richtig, daß die conservative Partei mit ihrem Zusatz zu § 11 eine Verschärfung des confessionellen Princips der Vorlage herbeizuführen beabsichtige. Abg. **Ludowieg** (nat.-lib.): Er könne die Befürchtung nicht unterdrücken, daß die auf Grund des § 15 gegründeten Confessionsschulen alsbald mehr oder weniger zu Armenschulen hinabsinken. Abg. **Brüel** (Centr.) hält den Zusatz „in der Regel" für nothwendig. Vielleicht empfehle es sich, die Frage der Competenz, wer über Regel und Ausnahme zu befinden habe, der Regierungspräsident oder die Schulbehörde, später bei § 32 zu regeln. Abg. **Enneccerus** (nat.-lib.): Es könne doch nicht bestritten werden, daß in der Regel die mehrklassige Schule besser sein werde als die einklassige. Möglich, daß die Conservativen eine Verschärfung des Confessionalitäts-Princips nicht beabsichtigen, thatsächlich werde dieselbe damit erzielt werden. Nachdem noch Abg. Grimm (nat.-lib.) sich dem angeschlossen und Abg. v. Huene (Centr.) die Erklärung abgegeben, daß das Centrum, obwohl es seine eigenen Anträge vorziehe, die der Conservativen acceptire, werden die letzteren, sowie der Antrag des Abg. Virchow angenommen, alle anderen Anträge werden abgelehnt, ebenso der Antrag Enneccerus auf Einfügung eines § 15a.

* **[Die Seßhaftigkeit der Bevölkerung.]** Die „Stat. Corresp." dehnt ihre Untersuchungen über die Seßhaftigkeit der Bevölkerung in Preußen auf die großen Städte aus. Es zeigen sich danach, wenn man die Städte mit mehr als 50 000 Einwohnern in Betracht zieht, sehr bedeutende Verschiedenheiten. Forscht man zunächst, wie viel Einwohner dieser Städte in derjenigen Provinz, der die betreffenden Städte angehören, geboren sind, so ergiebt sich, daß den größten Procentsatz zeigen Krefeld, wo 92,32 und Königsberg in Pr., wo 91,40 Proc. der Einwohner in der betreffenden Provinz geboren sind; dann folgen Breslau mit 89,81, Aachen mit 89,32, Köln mit 85,14, Posen mit 82,58, Görlitz mit 81,88 und Danzig mit 81,27 Proc.; die wenigsten aus der betreffenden Provinz gebürtigen Einwohner hatten Altona mit 64,87, Potsdam mit 61,55, Berlin, wenn man hier Brandenburg einschließlich Berlin als Heimathsprovinz annimmt, mit 58,92, Frankfurt a. M. mit 57,47 und in weiterem Abstande Charlottenburg mit 43,51 Proc. Was die in der Stadt selbst geborenen Personen betrifft, so macht diese einheimische Bevölkerung nur in 7 größeren Orten mehr als 50 Proc. der gesammten Einwohnerzahl aus, und zwar sind dies vornehmlich rheinische Städte. An der Spitze steht Aachen mit 62,43 Proc., dann folgen Bremen mit 61,34, Crefeld mit 59,05, Elberfeld mit 57,35, Köln mit 53,02, Duisburg mit 50,85 und Danzig mit 50,56 Proc. Am geringsten war die in der Stadt gebürtige Bevölkerung in Berlin mit 40,71 Proc. Potsdam mit 40,45, Kassel mit 40,34, Frankfurt a. M. mit 38,34, Stettin mit 37,56, Hannover mit 37,54, Wiesbaden mit 36,34, Görlitz mit 35,99, Kiel mit 35,89 und Charlottenburg mit 22,11 Proc. Die außerordentlich niedrigen Zahlen von Charlottenburg sind durch das rapide Wachsthum dieser Stadt erklärlich.

* **[Regelung des Auenrechtes.]** Bei Berathung der Landgemeindeordnung hat das Abgeordnetenhaus unter dem 16. April v. J. beschlossen, die Staatsregierung aufzufordern, möglichst in der nächsten Landtagssession einen Gesetzentwurf zur Regelung des sogenannten Auenrechtes vorzulegen. Dieses Rechtsverhältniß hat im wesentlichen nur für die Provinzen Schlesien, Pommern und Brandenburg Bedeutung und besteht in ihrem Umfange nach öfters unsicheren Privatrechten der Gutsherrschaft über die nicht im Privateigenthum der Gemeindeglieder stehenden Grundstücke in der Gemeindefeldmark oder einen Theil derselben, gleichviel, ob sie dem öffentlichen Dienste gewidmet sind, wie Wege und Triften, oder privatwirthschaftlich benutzt werden. Das Auenrecht war durch das Ablösungsgesetz vom 2. März 1850 unentgeltlich aufgehoben, demnächst aber in vollem Umfange wiederhergestellt worden. Wenn über das Ziel der erstrebten Gesetzgebung, nämlich daß die Gemeinden vollberechtigte Eigenthümer der dem Auenrechte unterworfenen Liegenschaften werden, kein Zweifel besteht, so bietet doch eine Gesetzgebung, welche für die zu beseitigenden Eigenthumsrechte gemäß Artikel 9 der Verfassung eine angemessene Entschädigung der bisher Berechtigten vorsehen müßte, erhebliche rechtliche und thatsächliche Schwierigkeiten. Bestehen doch selbst über den rechtlichen Ursprung dieses Rechtsverhältnisses Zweifel. Die Staatsregierung ist alsbald auf den Eingangs erwähnten Beschluß des Abgeordnetenhauses der Sache näher getreten und hat die nöthigen Erhebungen veranstaltet. Die Vorbereitungen sind nunmehr den „Pol. Nachr." zufolge soweit gediehen, daß man zwischen den betheiligten Ressorts über die Bedingungen der gesetzlichen Regelung verhandelt und daß wahrscheinlich noch in der laufenden Landtagssession ein darauf bezüglicher Gesetzentwurf wird vorgelegt werden können.

* **[Im kaiserlichen statistischen Amt]** haben die Sitzungen der **Commission** begonnen, welche die **Werthe** der im Jahre 1891 ein- und ausgeführten **Waaren** festzustellen hat. Diese Commission besteht aus 60 Sachverständigen — Vertreter der Großindustrie und des Großhandels aus verschiedenen Theilen des Reichs —, die vom statistischen Amt, meist auf Grund der Vorschläge der Handelskammern, einberufen werden. Die Arbeiten der Commission, deren Mitglieder nicht zusammen auf einmal, sondern gruppenweis — nach 6 Waarengruppen — einberufen werden, dauern bis Ende März.

* **[Redacteur Fusangel in Bochum]** ist gefährlich erkrankt. Er liegt, nach einer Mittheilung der „Tremonia", an der Gehirn-Entzündung schwer danieder. Der Zustand soll besorgnißerregend sein.

* **[Roheisenproduction.]** Nach den statistischen Ermittelungen des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller belief sich die Roheisenproduction des deutschen Reiches (einschließlich Luxemburgs) im Monat Januar 1892 auf 408 375 Tonnen; darunter Puddelroheisen und Spiegeleisen 163 538 To., Bessemerroheisen 29 282 To., Thomasroheisen 160 112 To. und Gießereiroheisen 55 443 To. Die Production im Dezbr. 1891 betrug 387 918 To. und im Januar 1891 348 355 Tonnen.

* **Aus Sachsen**, 20. Februar. Die sächsischen **Socialdemokraten** haben die Absicht, den **Erlaß des Prinzen Georg** über die **Soldatenmißhandlungen** als Flugblatt im ganzen Königreich zu verbreiten. Den Vorstand der socialdemokratischen Partei will man außerdem ersuchen, ein derartiges Flugblatt über ganz Deutschland, und besonders in den ländlichen Bezirken zu verbreiten.

Telegraphischer Specialdienst
der Danziger Zeitung.

Reichstag.

Berlin, 23. Februar. Der Reichstag berieth heute das **Telegraphengesetz** in zweiter Lesung. Bei § 1 entspann sich eine Art Generaldebatte. Der Antrag Bar (freis.) will das Monopol auf elektrische Anlagen beschränken und innerhalb des Gemeindebezirks den Gemeinden den Betrieb elektrischer Leitungen freigeben. Der Antrag wurde von dem Abg. **Schrader** empfohlen, der vom Standpunkte des Interesses der größeren Städte die Einschränkung des Telegraphen-Monopols im wesentlichen im Einklang mit dem Postgesetz als nothwendig darlegte. Staatssecretär **Stephan** bat um Ablehnung des Antrages, indem er dabei namentlich die Schädigung der Privatindustrie bestritt. Der Socialist **Schmidt** (Frankfurt) erklärte eine Aenderung des Gesetzes namentlich dahin für nothwendig, daß bei Festsetzung der Gebührenhöhe der Reichstag mitzusprechen habe. Andernfalls würden die Socialisten gegen das Gesetz stimmen, obwohl sie Freunde des Monopols seien. Abg. **Bar** brachte darauf ein Amendement ein, dahingehend, daß sich das Reichsmonopol nur auf entgeltliche Vermittelung der Depeschen erstrecke. Staatssecretär **Stephan** bekämpft auch dieses. An der weiteren Debatte betheiligten sich die Abgg. **Hammacher**, (nat.-lib.) und **Siemens** (freis.), sowie der Staatssecretär **v. Stephan**, worauf § 1 in der Fassung der Commission gegen die Stimmen der Freisinnigen angenommen wurde. Bei § 2 bestätigte auf eine Anfrage des Abg. **Klemm** (conf.) der Geheimrath **Dambach**, daß bei Uebertragung des Rechts der Telegraphenanlegung an Private das Reich den Vorbehalt des Rückkaufs machen kann. Abg. **Schrader** betont vergeblich, daß angesichts eines solchen Vorbehaltes nur wenige Private Anlagen herstellen würden. § 2 wurde sodann nach der Befürwortung des Abg. Hammacher (nat.-lib.) angenommen und die Sitzung vertagt. Morgen werden die Anträge Auer auf Aufhebung der Kornzölle und Aufhebung der Wirkungen der Strafurtheile auf Grund des Socialistengesetzes berathen.

Volksschulcommission.

Berlin, 23. Febr. Die Volksschulcommission lehnte heute bei dem § 16 (Ertheilung des Religionsunterrichts nach der Confession der Schüler) den Zusatz Jazdzewski ab, wonach der Religionsunterricht unter Anwendung der Muttersprache, so lange dieselbe regelmäßig beim öffentlichen Gottesdienst für die Gemeinde gebraucht wird, zu ertheilen sei. Die Commission nahm sodann den § 16 nach dem Antrag der Centrumsmitglieder folgendermaßen an:

„Der Religionsunterricht wird in der Volksschule nur nach den Lehren der staatlich anerkannten Religionsgesellschaft, welcher die Schüler angehören, ertheilt. Der Lehrer darf nur in seinem Bekenntniß Religionsunterricht geben."

Ferner wurde § 17 Absatz 1 wiederum nach den Centrumsvorschlägen folgendermaßen angenommen:

„Ohne Religionsunterricht nach der Lehre seines Bekenntnisses soll grundsätzlich kein einer staatlich anerkannten Religionsgesellschaft angehöriges Kind bleiben."

Absatz 3 wurde unverändert angenommen, wonach besonderer Religionsunterricht für mehr als 15 Kinder besonderen Bekenntnisses einzurichten ist. Absatz 4 handelt von der pflichtmäßigen Theilnahme der **Dissidentenkinder** an dem Religionsunterricht. Die Nationalliberalen beantragten Streichung, was Abg. **Kropatscheck** (conf.) bekämpfte, die Abgg. **Rickert** und **Friedberg** (nat.-lib.) befürworteten. **Minister v. Zedlitz** führte aus, der Staat müsse auch die Kinder ohne jedes religiöse Bekenntniß berücksichtigen. Die Ausschließung solcher vom Religionsunterricht sei unvereinbar mit der Ordnung des Schulbetriebes. Er wolle eventuell nicht widersprechen, daß solche Kinder anderweitig einen religiösen Unterricht nachweisen können.

Die Fortsetzung der Berathung erfolgt morgen früh.

Berlin, 23. Febr. Die „**Nationalzeitung**" hat verschiedene Bedenken gegen das **Spionagegesetz**; die Bestimmungen desselben seien zu elastisch.

— Die „**Kreuzztg.**" schreibt: „Von gut unterrichteter Seite erfahren wir, daß das demnächst zur Vorlage kommende Spionagegesetz **durch das neuerliche Vorgehen Rußlands veranlaßt** worden ist, welches in geradezu unerhörter Weise seine Kundschafter in Trupps über die Grenze nach Deutschland sendet und längs der ganzen Grenze überall Anknüpfungspunkte für den Kriegsfall sucht. Der Krieg hat nach derselben Quelle nach menschlichem Ermessen unmittelbar vor der Thür gestanden (?), und nur der Nothstand und die Hungersnoth im heiligen russischen Reich haben seinen Ausbruch verhindert. Trotz dieser materiellen und finanziellen Krise fährt Rußland übrigens unverändert in seinen militärischen Rüstungen fort, die man füglich als eine langsame aber planmäßige Mobilmachung bezeichnen könne (?). Durchaus in den Rahmen dieser Nachricht paßt, was uns unser Londoner Correspondent schreibt: „Der Vertreter des „Daily Chronicle" in Wien hat durch eine bewährte glaubwürdige Persönlichkeit in Rußland folgende sonderbare Nachricht in Erfahrung gebracht: die Getreidemassen, welche von der russischen Regierung angeblich für die Hungerleidenden angekauft worden sind, werden in Wirklichkeit in den Regierungs-Getreide-Vorrathskammern aufgestapelt und ein winziger Bruchtheil ist unter die Hungerleidenden vertheilt worden. Seit geraumer Zeit sind Anstalten getroffen worden, auf diese Weise Getreide anzusammeln, und zwar ist dies vornehmlich in den nördlichen und wenig fruchtbaren Provinzen geschehen, wohin die russischen Truppen sich im Falle einer Niederlage zurückziehen müßten. Zu jeder anderen Zeit würde das Getreide-Ausfuhr-Verbot den Verdacht der Nachbarstaaten erweckt haben; Dank der Hungersnoth aber ist dasselbe wenig beachtet worden. Die Vorrathskammern sind jetzt gedrückt voll von Getreide. Die Nothleidenden erhalten aber nichts davon, sondern werden mit kleinen Geldgaben abgefunden."

Berlin, 23. Febr. Heute fand die **Enthüllung des Denkmals für Nachtigall** im Museum für Völkerkunde statt.

— Der „Post" zufolge wird am 15. Juni mit der **Niederreißung der Schloßfreiheit** begonnen werden. Definitiv sei entschieden, daß das **Kaiser Wilhelm-Denkmal** auf der Schloßfreiheit errichtet werde.

— Die **Budgetcommission** des **Abgeordnetenhauses** billigte heute die Vorschläge der **Ansiedelungscommission.**

— Das Blatt „**Hamburger Reform**" wird Ende Februar **eingehen.**

— Der **hannoversche Städtetag** hat sich einstimmig **gegen das Schulgesetz** erklärt.

— **Alexander Meyer** wurde heute mit 859 gegen 2 Stimmen zum Landtagsabgeordneten (an Stelle Zelles) gewählt.

— Nach dem „Hannoverschen Courier" ist zum **Oberstaatsanwalt in Celle** der Oberstaatsanwalt **Laue in Marienwerder ausersehen.**

Berlin, 23. Februar. Bei der heute Vormittag angefangenen Ziehung der 2. Klasse der 186. kgl. preußischen Klassen-Lotterie fielen:

1 Gewinn von 1500 Mk. auf Nr. 111 958.
2 Gewinne von 500 Mk. auf Nr. 15 499 82 791.
9 Gewinne von 300 Mk. auf Nr. 53 926 60 783 73 805 94 819 113 948 118 387 156 515 179 855 186 002.

Bei der heute Nachmittag fortgesetzten Ziehung fielen:

1 Gewinn von 15 000 Mk. auf Nr. 50 137.
1 Gewinn von 5000 Mk. auf Nr. 116 378.
3 Gewinne von 3000 Mk. auf Nr. 43 169 141 102 177 880.
2 Gewinne von 1500 Mk. auf Nr. 26 633 159 105.
9 Gewinne von 300 Mk. auf Nr. 20 562 22 262 46 218 72 032 72 788 91 928 106 167 117 839 171 990.

Halle, 23. Februar. Eine **Versammlung der positiven Union** hat einstimmig beschlossen, ein Telegramm an die Minister v. Caprivi und v. Zedlitz zum Danke für das Schulgesetz abzusenden.

Bremen, 23. Febr. Nach einem Telegramm aus San Francisco von gestern Abend ist das nach Bremen gehörige Schiff „**Clara**" (Capitän Joh. Kuttmann) auf See **verbrannt.** Der Capitän und 12 Mann von der Besatzung landeten in San Francisco. Die „Clara" segelte am 27. Juli 1891 mit 2300 Tons Kohlen von Birkenhead nach San Francisco ab, lief am 14. Oktbr. mit gebrochenen Ruderpfosten Rio de Janeiro an und setzte nach Vornahme der nöthigen Reparatur am 11. Nov. die Reise fort.

Frankfurt, 23. Februar. Ueber vierhundert zu einer gemeinschaftlichen Sitzung gestern Abend zusammengetretene Mitglieder **gewerblicher Vereine** des Frankfurter Industriebezirks unter Vorsitz des Geh. Postraths Heldberg berietheu über das **Telegraphengesetz**, wobei der Gegensatz zwischen der Reichpostverwaltung und den Elektrotechnikern eine acute Form annahm, so daß Heldberg den Vorsitz niederlegte und mit sämmtlichen Postbeamten den Saal verließ. Nachdem hierauf in der Versammlung bekannt gegeben war, daß schon auf dem hier tagenden Elektrikercongreß die Reichspostverwaltung die Theilnahme an den Sitzungen der das Gesetz berathenden Commission für ihre Beamten verboten habe, wurde eine Erklärung angenommen, in welcher die Versammlung gegen den Vorwurf grundsätzlicher Opposition protestirte. Hierauf wurde ein Antrag angenommen, auf telegraphischem Wege eine Eingabe an den Reichstag zu richten, welche unter Ablehnung des Buol'schen Zusatzes den Antrag Lieber-Spahn zu acceptiren bittet.

Paris, 23. Febr. Der **Verein der französischen Inhaber auswärtiger Werthpapiere** hält heute eine Sitzung ab, um von den von den auswärtigen ähnlichen Comités eingegangenen

---

furchtbar erschüttert. Ich fürchtete ihn. Vor dem Hause angekommen, wendete er sich zu mir mit den Worten:

„Bist du sicher, daß er nicht da ist?"

Er meinte Bertrand. Ich beruhigte ihn, er nahm den Schlüssel und öffnete die Thür. Dann — was dann geschehen, kann ich nicht sagen, das war wie ein Blitzstrahl: Ein erstickter Schrei, ein Wirrwarr von Klagen und das entsetzliche Gefühl, daß eine furchtbare Katastrophe, ein Unglück geschehen sei.

Ich sah ihn zwischen zwei Menschen, die ihn von beiden Seiten festhielten, er todtenbleich, wie ohnmächtig. Seine Augen rollten und sein Gesicht verzerrte sich krampfhaft; es war, als ringe er mit dem Tode: nie werde ich dieses grauenvolle Bild vergessen. In einer Ecke auf dem Boden kauerte meine Mutter und rang schluchzend die Hände. Seine erstickte Stimme würgte nur dumpf die Worte hervor: „Ich bin unschuldig!" Dann schleppten sie ihn fort, er verschwand mit den beiden unheimlichen Begleitern. Kein Wort, kein Lebewohl mehr!

Wir wissen nichts weiter, denn die ihn festnahmen, wollten uns nichts sagen. Wir fürchten, er hat das Vertrauen seines Chefs mißbraucht und vielleicht Geld unterschlagen. Wenn es so wäre, könnte man dann nicht alles zurückzahlen, um den gerichtlichen Verfolgungen Einhalt zu thun? Kein Opfer würde uns zu groß sein, ihn zu retten. Seine Worte waren: „Ich bin unschuldig!" doch er fragte nicht, wessen man ihn anklagte. Er muß es also wissen.

O, mein theurer, alter Freund, verlassen Sie uns nicht und stehen Sie uns bei in unserer Hilflosigkeit.

Unter Thränen küsse ich Ihre lieben Hände.
Lilli."

Als Lilli zerrissenen Herzens ihren traurigen Bericht beendet hatte, brach der Tag an. Sie näherte sich ihrer Mutter, die vollständig angekleidet auf dem Bett lag und beim Erwachen zu klagen und zu stöhnen begann. Ihr stets gelblicher Teint sah an diesem Morgen fast braun aus. Lilli beeilte sich, ihr Thee zu bereiten, und bald stellten sich bei Frau Dauny Anzeichen einer bedenklichen Erkrankung ein. Der herbeigerufene Arzt prophezeite ein Gallenfieber. Lilli verließ das Bett ihrer Mutter nur, um Bertrand einen Augenblick zu sehen, der nichts von den Ereignissen des vorigen Tages ahnte. Arthur hatte bei seinem flüchtigen Aufenthalt in dem einsamen Viertel niemand getroffen. So hatte seine Verhaftung stattgefunden, ohne die öffentliche Aufmerksamkeit zu erregen. Lilli allerdings war so blaß, daß es ihren Verlobten beunruhigte, aber die Krankheit ihrer Mutter erklärte ja genügend ihr bleiches erregtes Aussehen.

Lilli athmete erleichtert auf, als er gegangen war. Ob er etwas ahnte? Ob er je etwas davon erfahren würde? Vielleicht würde Arthur in Freiheit gesetzt werden, ehe irgend etwas ruchbar geworden. Daher hatte sie sich entschlossen, Herrn Werner, der gerade in Paris war, dieses entsetzliche Ereigniß mitzutheilen.

Nachdem sie den Brief geschrieben, war sie ruhiger und konnte Bertrand, ohne sich zu verrathen, empfangen.

Nach einigen Tagen gab sie sich den gewohnten häuslichen Beschäftigungen hin. (Forts. folgt.)

Depeschen Kenntniß zu nehmen. Von Berlin wurde die Ankunft eines Delegirten angekündigt, welcher den Auftrag hat, sich mit den französischen Bondholders in Einvernehmen zu setzen. Morgen findet eine Conferenz statt, an welcher auch die Secretäre der Bonholder-Comités in London, sowie der niederländischen Comités Theil nehmen.

Paris, 23. Febr. Der bisherige Ministerpräsident **Freycinet** hat nach einer Rücksprache mit verschiedenen Freunden die Bildung des neuen Cabinets **abgelehnt.**

Madrid, 23. Febr. In verschiedenen Gegenden Spaniens haben **Ueberschwemmungen** stattgefunden, namentlich sind die Flüsse Guadalquivir und Guadalimar ausgetreten.

Petersburg, 23. Febr. Heute wurde ein Gesetz veröffentlicht, wodurch der russischen **freiwilligen Flotte** für zehn Jahre **Regierungssubsidien von** 600 000 Rubel jährlich unter der Bedingung bewilligt werden, daß sie in dieser Zeit vier neue schnellgehende Dampfer mit einem Deplacement von nicht unter 8000 Tons jedes und zwei neue Transportdampfer erwirbt, welche speciell für die Handelsschiffahrt eingerichtet sind.

Danzig, 24. Februar.

[Zur Haftpflicht der Hausbesitzer] theilt man uns Folgendes zur Veröffentlichung im allgemeinen Interesse mit:

Hausbesitzer können nicht häufig genug an die Polizei-Verordnung erinnert werden, für ordnungsmäßige Beleuchtung der Treppen zu sorgen. Der beklagenswerthe Unfall, welchen Herr Kaufmann und General-Agent S. in dem Hause des Herrn Bäckermeisters M. vor einigen Wochen angeblich aus diesem Grunde erlitten und welcher außer verschiedenen Knochenbrüchen wahrscheinliche Erblindung des Beklagenswerthen zur Folge haben wird, ruft diese Vorschrift lebhaft ins Gedächtniß, denn neben den zu gewärtigenden strafrechtlichen Folgen hat der Beschädigte bereits durch seinen Rechtsanwalt Schritte gethan, um den Hausbesitzer M. haftpflichtig zu machen, d. h. eine Entschädigung für den ihm dadurch entstandenen Schaden, der wohl viele Tausende betragen wird, zu erstreiten, falls nicht ein Vergleich zu erzielen ist. Herr Bäckermeister M., der bei dem Allgemeinen deutschen Versicherungs-Verein in Stuttgart gegen solche Gefahr der Haftpflicht versichert ist, wird nun zwar gegen den finanziellen Schaden geschützt sein, aber event. doch strafrechtliche Folgen zu fürchten haben, falls ihm wirklich ein Verstoß gegen diese polizeiliche Verordnung zur Last gelegt werden kann. Also „**mehr Licht im Hause!**"

* **[Corporation der Kaufmannschaft.]** Nach dem soeben erschienenen Mitglieder-Verzeichniß pro 1892 gehören der hiesigen Corporation der Kaufmannschaft jetzt 309 kaufmännische Firmen bezw. deren Vertreter als Mitglieder an. Als Organe der Corporation fungiren neben dem Vorsteheramt 8 Commissariate, 7 Fachcommissionen und 4 Sachverständigen-Commissionen.

* **[Centralverein westpreußischer Landwirthe.]** Der Landwirthschaftsminister beabsichtigt, aus dem durch den preußischen Staatshaushalts-Etat beantragten extraordinären Fonds von 150 000 Mark zur Förderung der Land- und Forstwirthschaft in den östlichen Provinzen Westpreußen 40 000 Mk. zu überweisen, von denen u. a. 7200 Mk. zur Anstellung eines dritten Wanderlehrers namentlich für die polnischen Landwirthe, 16 000 Mk. zur speciellen Hebung der Pferde- und Rindviehzucht und 6000 Mk. für eine Section für Pferdezucht bei dem Centralverein westpreußischer Landwirthe, deren Einsetzung bei der General-Versammlung im März d. J. beantragt werden wird, Verwendung finden sollen.

* **[Arbeiternoth.]** Der Herr Polizeidirector hat gestern dem Magistrat mitgetheilt, daß zur Zeit der Nothstand unter der Arbeiterbevölkerung ein größerer sei, wie in den vergangenen Jahren, und daß **ca. 3000 Männer** und **1000 Frauen ohne Arbeit**, daher ohne Verdienst seien. Der Magistrat wird um Erwägung ersucht, ob für diese Arbeitslosen nicht irgend welche Arbeit zu beschaffen sei. Der Herr Polizeidirector erkennt die Fürsorge der öffentlichen, wie der Privat-Armenpflege an, dieselbe reiche aber in diesem Jahr wegen der Geschäftsstille auf allen Gebieten und der dadurch hervorgerufenen traurigen Lage des Arbeitsmarkts nicht aus.

* **[Bildungsverein.]** In der vorgestrigen Sitzung hielt Herr Rector Boese einen Vortrag über „Autorität und Moral". Der Vortragende entwickelte zunächst, daß das Sittliche in der Menschheit drei Phasen der Entwickelung sowohl bei dem einzelnen Individuum als auch im Leben der Völker zu durchlaufen habe, diejenige der Unschuld, der reflectirenden Moral und der Tugend. Diese drei Entwickelungsstufen seien jedoch nicht scharf von einander getrennt, sondern gingen vielfach in einander über. Der Vortragende legte hierauf dar, welchen Antheil die Autorität in der Familie, der Gesellschaft, dem Staat und der Kirche an dem Zustandekommen und Intactbleiben des Sittlichen in der Menschheit habe.

[Auszug aus dem Sitzungs-Protokoll des Vorsteher-Amtes der Kaufmannschaft vom 17. Februar 1892.] Der Herr Regierungs-Präsident hat eine Zusammenstellung der Vorschriften, welche zur Ausführung des Artikels 2 des columbischen Gesetzes betreffend die Freigabe der Küstenschiffahrt vom 7. November 1890 erlassen worden sind, mitgetheilt. — Von verschiedenen Getreide- und Holzfirmen ist Klage darüber geführt worden, daß die Zollbehörde dem bei der auf Grund des Transitlagergesetzes vom 30. Januar 1892 vorgenommenen Bestandsaufnahme vorgefundenen Getreide und Holz den ermäßigten Zollsatz dann nicht zugestehen wollte, wenn die Waare von einem Transitlagerinhaber an den anderen cedirt werden sollte. Der Herr Reichskanzler ist unter dem 5. d. um Aufhebung dieser Beschränkung gebeten worden, der Herr Finanzminister und Herr Abg. Rickert um Unterstützung dieser Bitte. Hr. Rickert hat am 13. d. depeschirt, daß die Entscheidung im Sinne der diesseitigen Eingabe erfolgt ist. — Der Herr Minister für Handel und Gewerbe theilt mit, daß das mittels des neuen metrischen Getreideprobers ermittelte Gewicht in Grammen pro Liter durch Versetzung des Kommas, ohne daß es einer weiteren Correctur bedarf, auch das Gewicht pro Hectoliter in Kilogrammen angiebt. — Die Herren Dr. Alexis Schleimer, Socius der Firma J. Schleimer, hier, und Geh. Commerzienrath F. Schichau in Elbing werden auf ihren Antrag in die Corporation aufgenommen. — Herr Paul Pfannenschmidt zeigt an, daß er sich von dem bisherigen Mitinhaber der Firma Ed. Pfannenschmidt, Herrn Johannes Hirschberg, separirt hat und die chemischen Fabriken der bisherigen Firma unter der Firma „Chemische Fabrik Pfannenschmidt" fortführen wird. — Das kgl. Amtsgericht I. zeigt an, daß von ihm, gemäß dem Antrage des Vorsteher-Amtes, als Sachverständige vereidigt worden sind: Die Kaufleute Herren 1. Emil Salomon für Kartoffeln, 2. Rud. Wöhlisch für Colonial- und Materialwaaren, 3. Rud. Freymuth für Salz, 4. C. F. G. Gaebler für Drogen, 5. Ernst Fast für Früchte, 6. Oskar Gamm für Fettwaaren und Oele. Eine von der königl. Eisenbahn-Direction Erfurt übersandte graphische Darstellung der Beförderung einiger Frachtartikel in den Verkehrsbezirken der Statistik der Güterbewegung auf deutschen Eisenbahnen für das Jahr 1890 kann auf dem Vorsteheramte eingesehen werden. — Der Herr Regierungspräsident hat angeordnet, daß von jetzt ab in den alljährlich einzureichenden Nachweisungen der von den Danziger Schiffen gemachten Reisen etwaige Zwischenreisen zwischen außereuropäischen Häfen besonders kenntlich zu machen sind. — Auf die diesseitige Eingabe an die königl. Eisenbahn-Direction Bromberg wegen Verlängerung der Ausfuhrfrist für das zum seewärtigen Versandt bestimmte russische Getreide von 6 auf 9 Monate theilt die königliche Direction mit, daß ein derartiger Antrag von ihr bereits bei dem Herrn Minister für öffentliche Arbeiten gestellt worden ist. — Der Herr Regierungs-Präsident theilt mit, daß er gegen die Zulassung der von dem Director der Handels-Akademie zur Abgangsprüfung in Vorschlag gebrachten 28 Schüler der Handels-Akademie nichts einzuwenden hat. Die mündliche Prüfung wird am 11. und 12. März d. J. stattfinden. — Der Herr Regierungs-Präsident hat mitgetheilt, daß er den Schiffsführer und Lieutenant zur See der Reserve Holtz bis auf weiteres zum interimistischen Strominspector bestellt hat. — Die königliche Eisenbahn-Direction Bromberg theilt mit, daß die von verschiedenen Seiten gestellten Anträge auf Einführung von Ausnahmefrachtsätzen für den Transport von frischem Obst in Wagenladungen von Ost- und Westpreußen nach Mittel- und Süddeutschland in der am 18. Dezember v. J. in Tarifangelegenheiten abgehaltenen Generalconferenz der deutschen Eisenbahnverwaltungen abgelehnt worden sind. Es tarifirt sonach Obst in Wagenladungen wie bisher nur zu den regulären Sätzen der allgemeinen Wagenladungsklassen A I. und B. — Von der Handelskammer zu London sind Drucksachen betr. die südafrikanische Weltausstellung in Kimberley 1892 eingegangen.

△ **Neustadt**, 23. Februar. Der neuerdings nach Danzig berufene Consistorial-Präsident Meyer besuchte auf seiner Inspectionsreise gestern auch unseren Ort, besichtigte mit Begleitung des Superintendenten Luckow die evangelische Kirche, das Augusta-Krankenhaus und die Provinzial-Irrenanstalt, deren zweckmäßige Einrichtungen er mit lebhaftem Interesse in Augenschein nahm. Er versprach zu der bevorstehenden Grundsteinlegung der **neu zu errichtenden evangelischen Kirche in Leßnau**, zu deren Herstellung der Oberkirchenrath in Berlin die noch fehlenden 5000 Mk. bewilligt hat, wieder zu kommen.

V **Berent**, 22. Februar. In der letzten Stadtverordneten-Sitzung wurde dem vom Magistrate vorgelegten Nachtrage zu dem **Gemeinde-Einkommensteuer-Regulative**, welcher durch das neue Einkommensteuergesetz nothwendig geworden, die Zustimmung ertheilt. Ferner wurde in den Verkauf einer Parzelle von dem evangelischen Schulgrundstücke in der Größe von 52 Qu.-Meter zum Preise von 468 Mk. an den Kaufmann Berent gewilligt und die Neuwahl von 4 Bezirksvorstehern vollzogen. Als solche wurden gewählt: Ackerbürger Hertzberg, Färbereibesitzer Podehl, Fleischermeister Magnus und Braumeister und Brauereibesitzer Brendel. Von den Kämmerei-Kassenabschlüssen pro Dezember und Januar wurde Kenntniß genommen, desgleichen von der Vergebung der Maurer- etc.-Arbeiten und der Zimmer- und sonstigen Bauarbeiten für den Neubau des Progymnasiums an den Maurermeister A. Gohlke resp. W. Gohlke hier. — Unsere evangelische städtische **höhere Mädchenschule** nimmt unter Leitung der zeitigen Vorsteherin, Fräulein Eschholz, eine recht gedeihliche Entwickelung. Mit Beginn des neuen Schuljahres **wird eine Seminarklasse** neu eingerichtet werden, wofür die Genehmigung der königl. Regierung zu Danzig bereits ertheilt und die Lehrpläne genehmigt sind.

♂ **Marienwerder**, 23. Februar. Auf dem hiesigen **Bahnhof** sind in jüngster Zeit die unbedeckten **Wagen mehrfach bestohlen worden**, namentlich zahlreich sind Kohlendiebstähle vorgekommen. Der hiesige kaufmännische Verein beschäftigte sich in seiner gestrigen Sitzung mit dieser Angelegenheit und beschloß, unter Darlegung der Verhältnisse beim Eisenbahnminister dahin zu petitioniren, daß entweder der Bahnhof vollständig eingezäunt oder durch schärfere Bewachung den Diebstählen vorgebeugt wird. — Wie es heißt, beabsichtigt die hiesige **Regierungs-Hauptkasse** die Verwaltung der **Reichsbankgeschäfte** niederzulegen. Dies gab dem kaufmännischen Verein Veranlassung, auch in die Erörterung dieser Angelegenheit zu treten und seine Wünsche dahin zum Ausdruck zu bringen, daß hier mindestens die Einrichtung einer Reichsbank-Nebenstelle mit Kasse erfolgt, die ohne Rückfrage berechtigt wäre, nicht nur das Wechsel- sondern auch das Lombardgeschäft auf Effecten und Waaren sowie den Giroverkehr selbständig zu erledigen. Eine Bankagentur oder eine Banknebenstelle ohne Kasse wurde nicht als genügend erachtet. Zur weiteren Verfolgung der Angelegenheit wurde eine aus drei Herren bestehende Commission niedergesetzt.

Graudenz, 22. Febr. Ein **harter Schicksalsschlag** hat den Gastwirth Herrn N. in Dragaß betroffen. Am Sonnabend Nachmittag brachen seine beiden Kinder, ein 9jähriger Knabe und ein 7jähriges Mädchen, auf dem Eise ein. Sie wurden zwar noch lebend herausgezogen, waren aber trotz den Bemühungen des sofort herbeigeholten Arztes nicht mehr zu retten. (Ges.)

Thorn, 22. Febr. Das **50jährige Jubiläum** ihres Bestehens feiert am Sonnabend, den 27. d. M., die Eisengießerei und Maschinenbauanstalt E. Drewitz hier.

-a- **Stolp**, 22. Februar. Die **Nothlage der Tagelöhner** auf dem Lande fängt an sehr bedenklich zu werden. Vielfach wird geklagt, daß die Tagelöhner schon seit Monaten nicht hinreichende Brodnahrung haben, und jetzt fehlt den armen Leuten noch die Kartoffel — ihr nothwendigstes Nahrungsmittel. Gruppenweise kommen die Tagelöhner in mangelhafter Kleidung und abgezehrt nach den Städten zu den Landrathsämtern, um dort über die Noth Klage zu führen.

Tilsit, 21. Febr. Wie viele andere Städte, so werden auch wir künftig **Volksunterhaltungsabende** haben, deren Veranstaltung der Handwerkerverein in die Hand genommen hat. Der erste dieser Unterhaltungsabende findet am 28. d. statt.

Bromberg, 22. Februar. Die 2000 Morgen große Besitzung „Ulyrode bei Margonin" soll in **Rentengüter** umgewandelt werden. Die Normalwirthschaft besteht aus 40 Morgen Acker und 10 Morgen Wiese. Sämmtliche Wohn- und Wirthschaftsgebäude werden errichtet und die Wirthschaft mit lebendem und todtem Inventar versehen. Jede Wirthschaft soll 10 Morgen Winterroggen und eine dementsprechende Anpflanzung von Sommergetreide und Kartoffeln erhalten. (D. Pr.)

Landwirthschaftliches.

[Saatenstand in Rußland.] Beerbohms „Corntrade List" vom 19. d. M. schreibt: Der Hauptinhalt der Berichte aus Rußland geht dahin, daß die Aussichten für die nächste Ernte, soweit die Wintersaaten in Betracht kommen, nichts weniger wie günstig sind, indem die junge Saat in vielen Districten als vollständig verloren bezeichnet wird. Auch wird befürchtet, daß in Folge des ausgebreiteten Nothstandes es nicht möglich sein wird, das gewöhnliche Areal zum Frühjahr zu besäen.

Literarisches.

⊙ **Bin ich richtig eingeschätzt** oder soll ich Berufung einlegen? Eine Anleitung für den Steuerpflichtigen zur Prüfung der Richtigkeit seiner Einkommensteuer-Veranlagung und zugleich eine Belehrung über die zulässigen Rechtsmittel. (Verlag von Trowitzsch und Sohn, königl. Hofbuchdruckerei). Der Regierungs-Rath Fernow, Vorsitzender der Berufungscommission für den Regierungsbezirk Frankfurt a. O., giebt an der Hand des Einkommensteuergesetzes dem Steuerpflichtigen, welcher seine Veranlagung bekommen hat, die Möglichkeit, Schritt für Schritt zu prüfen, ob er richtig eingeschätzt ist oder ob er Berufung einlegen soll und wie er die Berufung einzulegen hat. Ein reiches Material stand dem Verfasser zu Gebote, herrührend aus Ministerialreskripten, besonders aber auch aus einer großen Zahl von Anfragen aus dem Publikum, die an ihn in Folge der Herausgabe seiner kleinen Schrift „Wie schätze ich mich ein?" ergangen sind. Sehr lehrreich ist die große Menge von Beispielen, an denen der Herr Verfasser die Bestimmungen des Gesetzes erklärt. Vielen dürfte in den nächsten Wochen durch diese Schrift praktische Hilfe in schwieriger Lage werden.

⊙ Ein großartig veranlagtes Unternehmen beginnt gegenwärtig unter dem Titel „**Hausschatz des Wissens für das deutsche Volk**" im Verlage von W. Paulis Nachfolger (H. Jerosch) in Berlin W. 57 zu erscheinen. Dasselbe setzt sich aus acht selbständigen Werken zusammen, welche, reich illustrirt und in gemeinverständlicher Sprache geschrieben, die weitesten Volkskreise mit den wichtigsten Zweigen des allgemeinen Wissens bekannt machen sollen. Die erste Abtheilung, unter dem Titel „**Die Menschheit**" zusammengefaßt, wird die Weltgeschichte, Culturgeschichte, Literatur- und Kunstgeschichte und die Länder- und Völkerkunde enthalten, die zweite Abtheilung „**Die Natur**" eine Entwickelungsgeschichte der Natur und eine Naturkunde (Mineralreich, Pflanzenleben und Thierleben) in sich fassen. Jedes einzelne von den acht Werken wird 100 Druckbogen Großoctav mit etwa 1000 Illustrationen nebst den nöthigen Tafeln und Karten enthalten und in 40 Lieferungen ausgegeben werden. Bereits im Erscheinen begriffen ist die „**Weltgeschichte**", von welcher uns die ersten drei Lieferungen vorliegen. Inhalt wie Ausstattung und Bilderschmuck dieser Lieferungen lassen erkennen, daß es der Verlagshandlung mit der Absicht, für wenig Geld etwas Gediegenes zu bieten, wirklich ernst ist. Eine im Buntdruck sehr sauber ausgeführte Landkarte (die „Weltgeschichte" soll deren 10 enthalten) so wie zahlreiche Illustrationen — letztere durchgehends nach historischen Originalen — sind von vorzüglicher Ausführung. Diese Weltgeschichte ist ein Volksbuch im besten Sinne des Wortes. Wir können deshalb die Anschaffung unseren Lesern um so mehr empfehlen, als diese Weltgeschichte in ihrer originellen Darstellungsweise der Entwickelung und der Fülle und Originalität der Illustrationen in vieler Hinsicht eine willkommene Ergänzung zu anderen derartigen Geschichtswerken sein und bleiben wird.

Vermischte Nachrichten.

Berlin, 22. Februar. **[Auch ein Grund zum Selbstmord.]** Die Braut eines höheren Gerichtsbeamten, Bertha G., hat sich aus Besorgniß vor dem allmählichen Schwinden ihrer Schönheit das Leben genommen. Sie erschoß sich auf dem alten Louisenkirchhofe in der Bergstraße.

— Mit **zertrümmertem Schädel** wurde in der Nacht zum Sonnabend ein elegant gekleideter junger Mann neben dem Eisenbahngeleise am Spandauerberg gefunden. Es wurde ermittelt, daß derselbe mit dem Zuge 12 Uhr 24 Minuten von Spandau abgefahren war. Die Persönlichkeit des Todten ist jedoch noch unbekannt.

— Der **Kaiserbazar** ist an den Commerzienrath H. Lissauer für 1 450 000 Mk. verkauft worden.

— Bei dem muthigen Versuche, einem auf dem Eise der Havel eingebrochenen **Mitschüler das Leben zu retten**, ist, der „Potsd. Ztg." zufolge, der **11jährige Johannes Kunert**, Sohn eines Potsdamer Cigarrenarbeiters, **ertrunken**. Der andere Knabe kam mit einem kalten Bade davon.

* **[„Beredtes Schweigen" als erlaubte Kritik in Hoftheatern.]** Die Intendanz der Münchener Hoftheater erläßt folgende Bekanntmachung: „Seit geraumer Zeit ist bei den Vorstellungen im kgl. Hoftheater das Zischen zur förmlichen Gewohnheit geworden. Ob nun dasselbe als eine Opposition gegen den laut gewordenen Beifall für die künstlerische Leistung oder als Abwehr eines an unpassender Stelle angebrachten störenden Beifalls aufgefaßt werden mag, auf alle Fälle ist dasselbe des kgl. Hauses unwürdig und für die betreffenden Künstler verletzend, da im gegebenen Fall die Intention des Zischens nicht constatirt werden kann. In Uebereinstimmung mit der abfälligen Beurtheilung, welche die Aeußerung des Mißfallens in der Oeffentlichkeit bereits mehrfach erfahren hat, sieht man sich genöthigt, im Interesse der Würde des kgl. Hauses um Unterlassung des Zischens dringend zu ersuchen, an dessen Stelle das ebenso beredte und nicht verletzende Schweigen am Platze sein dürfte."

* **[Eine eigenthümliche Ehegeschichte]** beschäftigt augenblicklich die französische Presse und lenkt die Aufmerksamkeit wieder einmal auf Algier und die dort bestehenden Verhältnisse. Ein junges Kabylenmädchen Fatma war in einer französischen Anstalt erzogen worden, in der sie mit Erfolg die Prüfung als Lehrerin bestanden hatte. Sie war nach Sprache, Sitten und Gewohnheiten ganz Französin geworden, erhielt den Posten als Lehrerin an einer kleinen Schule und verheirathete sich mit einem gleichfalls französisch erzogenen Lehrer ihres Stammes. Alles das geschah in aller Form Rechtens. Nun aber kam ein Araber und erklärte, daß er vor zehn Jahren die Fatma von ihrem Vater für 750 Francs als späteres Eheweib gekauft habe und verlangte die Auflösung der nachher geschlossenen Ehe. Nun liegt die Civilgesetzgebung in Algier so, daß die dort wohnenden Franzosen und nationalisirten Eingeborenen nach französischem Rechte, die mohammedanischen Algerier aber nach einem Rechte abgeurtheilt werden, das seine Begründung im Koran und Gewohnheitsrecht findet. In den beiden unteren Instanzen sitzen dabei nur mohammedanische Richter. Die erste Instanz erkannte nun zu Recht, daß der mit dem Vater abgeschlossene Kauf eine rechtsgiltige Ehe bedeute, daß die spätere Ehe somit ungiltig sei, und daß Fatma ihrem Käufer nöthigenfalls mit Gewalt durch die Gendarmerie herbeigeführt werden müsse. Die zweite Instanz schloß sich in allen Theilen diesem Urtheil an, und der Fall schwebt jetzt in der dritten Instanz, die, wie es heißt, in großer Verlegenheit ist, da sie anerkennen muß, daß die Untergerichte sich streng an den Buchstaben und den Geist der für die Cabylen giltigen Gesetzgebung gehalten haben, andererseits aber ist es begreiflich, daß sie ein nach unserer Auffassung ungeheuerliches Erkenntniß, durch welches gewissermaßen der Menschenhandel eine regelrechte Sanction erhalten würde, nicht zur Ausführung kommen lassen will.

Newyork, 20. Februar. In Texarkana im Staate Texas wurde ein Neger, der eine verheirathete weiße Frau mißhandelt hatte, von den Einwohnern des Ortes nach einwöchentlicher Suche eingefangen, an einen Pfahl gekettet, mit Steinöl übergossen und **lebendig verbrannt**. Die Frau selber steckte die Kleider des Negers in Brand und wartete mit verschränkten Armen, bis er gestorben war; an 6000 Personen wohnten dem gräßlichen Schauspiel bei.

Schiffsnachrichten.

* **Danzig**, 23. Februar. In der Woche vom 11. bis incl. 17. Februar sind, nach den Aufzeichnungen des Germanischen Lloyd, als **auf See total verunglückt** gemeldet worden: 4 Dampfer und 16 Segelschiffe (darunter gestrandet 4 Dampfer und 8 Segelschiffe, gekentert, gesunken, verschollen je 1 Segelschiff). Auf See beschädigt wurden gleichzeitig 66 Dampfer und 50 Segelschiffe.

Cadix, 19. Febr. Der norwegische Dampfer „**Norden**" lief nach Collision mit dem englischen Dampfer „**Corea**" mit schwer beschädigtem Bug hier ein. Die „Corea", von Cardiff nach Genua bestimmt, sank in der Nähe von St. Vincent; die Mannschaft wurde von dem Dampfer „Norden" gerettet und hier gelandet.

C. **London**, 22. Febr. Die Barke „**Patriot**" aus Plymouth scheiterte am Sonntag Morgen bei Arklow. Der größte Theil der Besatzung rettete sich durch Schwimmen, 3 Seeleute aber ertranken. Der Cunard-Dampfer „Umbria" landete Sonntag in Liverpool die Mannschaft des Schooners „**Natalie**". Die Besatzung hatte das Schiff in der irischen See verlassen müssen, da es ein Leck bekommen hatte. — Bei Penzance schwammen Trümmer eines **großen Dampfers** ans Ufer. Wahrscheinlich ist er mit **Mann und Maus untergegangen**. Eine Menge Schiffe haben seit Freitag im Hafen von Queenstown Zuflucht gesucht. Der Schooner „**Wilhelmina**" ist bei Penzance untergegangen. Die Mannschaft wurde vom Dampfer „Ormerod" gerettet.

Reval, 22. Febr. (Tel.) In Folge des eingetretenen **Thauwetters** sind die Dagerorter Passage und der hiesige Hafen wieder **eisfrei** geworden.

Newyork, 22. Febr. (Tel.) Der Hamburger Postdampfer „**Francia**" ist, von Hamburg kommend, gestern in St. Thomas eiegetroffen.

Standesamt vom 23. Februar.

Geburten: Landgerichtssecretär Karl Becker, S. — Eigenthümer Eduard Steffens, T. — Bürstenmachergeselle Gustav Cerachi, S. — Arbeiter Adolf Ballakowski, T. — Schneidermeister Eduard Kasprzytzki, T. — Vicefeldwebel im Grenadier-Regiment König Friedrich I. Peter Kaminski, T. — Müllergeselle Emil Pohlmann, S. — Arbeiter Heinrich Schimski alias Unger, T. — Lehrer Stephan Jasinski, T. — Arbeiter Gottlieb Samaga, T. — Unehel.: 4 S., 3 T.

Aufgebote: Buchhändler Friedrich Hermann Bantzmann zu Alten-Dietz und Eva Graf zu Offenbach. — Maschinenbauer Gustav Heinrich Ewerlin hier und Luise Ludowika Elisabeth Kalhorn zu Alt-Passarge. — Seefahrer Johannes Eduard Schewitzki und Julianne Elisabeth Ewel.

Heirathen: Restaurateur Georg Karl Czizek und Minna Elsabe Maria Vohse. — Seefahrer Theodor Richard Casper und Anna Martha Löbnau.

Todesfälle: S. d. Schiffers Friedrich Strahl, 10 J. — Dienstmädchen Anna Jeschewski, 30 J. — T. d. Schmiedegesellen Friedrich Marszan, 8 M. — Rentier Bernhard Theofil Settegast, 83 J. — Wittwe Anna Christine Rexin, geb. Boyke, 71 J. — Kaufmann Albert Ottomar Kliewer, 74 J. — Frau Mathilde Wilhelmine Lehn, geb. Scheurich, 42 J. — Werftarbeiter Michael Nachtigall, 56 J. — Hilfszeichner Hugo Hartmann, 60 J. — S. d. Holzarbeiters Julius Nehrenberg, 6 M. — T. d. Arbeiters August Glosa, 3 M. — Unehel.: 1 S.

Börsen-Depeschen der Danziger Zeitung.

Frankfurt, 23. Februar. (Abendbörse.) Oesterr. Creditactien $265\frac{3}{8}$, Franzosen 248, Lombarden $76\frac{3}{8}$, Ungar. 4% Goldrente 93,00, Russen von 1880 —. Tendenz: ruhig.

Wien, 23. Februar. Abendbörse. Oesterr. Creditactien 309,00, Franzosen 283,10, Lombarden 86,50, Galizier 212,00, ungar. 4% Goldrente 108,00. — Tendenz: besser.

Paris, 23. Febr. (Schlußcourse.) Amortis. 3% Rente 96,95, 3% Rente $96,07\frac{1}{2}$, 4% ungarische Goldrente 92,68, Franzosen 617,50, Lombarden 208,75, Türken 18,92, Aegypter 479,68. Tendenz: fest. — Rohzucker loco 88° 38,75, weißer Zucker per Februar 40,00, per März 40,25, per März-Juni $40,62\frac{1}{2}$, per Mai-Aug. $41,12\frac{1}{2}$. Tendenz: träge.

London, 23. Februar. (Schlußcourse.) Engl. Consols $95\frac{15}{16}$, 4% preuß. Consols 105, 4% Russen von 1889 $93\frac{1}{4}$, Türken $18\frac{5}{8}$, ungarische 4% Goldrente $91\frac{5}{8}$, Aegypter 95. Platzdiscont $2\frac{5}{8}$%. Tendenz: ruhig. — Havannazucker Nr. 12 $16\frac{1}{8}$, Rübenrohzucker $14\frac{3}{8}$ — Tendenz: matt.

Petersburg, 23. Februar. Wechsel auf London 3 M. 100,70, 2. Orientanl. $101\frac{3}{4}$, 3. Orientanl. $102\frac{1}{2}$.

Petersburg, 22. Febr. **Bankausweis.** Kassenbestand 175 745 000, Discontirte Wechsel 29 350 000, Vorschuß auf Waaren 72 000, do. auf öffentl. Fonds 7 169 000, do. auf Actien und Obligationen 11 329 000, Contocorr. den Finanzministeriums 43 724 000, sonstige Contocorrentes 66 707 000, verzinsliche Depots 23 234 000.

Rohzucker.

(Privatbericht von Otto Gerike, Danzig.)

Danzig, 23. Febr. Stimmung: ruhig. Heutiger Werth ist 14,10/20 M Basis 88° Rendement incl. Sack transito franco Hafenplatz.

Magdeburg, 23. Febr. Mittags. Stimmung: matt. Februar 14,40 M Käufer, März $14,47\frac{1}{2}$ M do., Mai 14,80 M do., August 15,15 M do., Oktober-Dezember 13,10 M do.

Abends. Stimmung: etwas schwächer. Februar $14,37\frac{1}{2}$ M Käufer, März $14,42\frac{1}{2}$ M do., Mai $14,72\frac{1}{2}$ M do., August 15,10 M do., Oktober-Dezbr. 13,10 M do.

Kartoffel- und Weizen-Stärke.

Berlin, 22. Februar. (Wochen-Bericht für Stärke und Stärkefabrikate von Max Sabersky, unter Zuziehung der hiesigen Stärkehändler festgestellt.) 1. Qual. Kartoffelmehl 32,50—33,50 M, 1. Qual. Kartoffelstärke 32,50—33,50 M, 2. Qual. Kartoffelstärke und -Mehl 30,50—31,50 M, feuchte Kartoffelstärke loco und Parität Berlin 18,50 M, Fabriken bei Frankfurt a. O. zahlen fr. Fabrik 18,20 M, gelber Syrup 38,50 bis 39,00 M, Capillair-Syrup 40,00—40,50 M, Capillair-Export 41,00—41,50 M, Kartoffelzucker gelber 38,50—39,00 M, do. Capillair 40,00 bis 40,50 M, Rum-Couleur 50—51 M, Bier-Couleur 49—50 M, Dextrin gelb und weiß 1. Qual. 44,00—45,00 M, do. secunda 40,00 bis 42,00 M, Weizenstärke (kleinst.) 38—40 M, do. (großstück.) 46,00—47,00 M, Hallesche u. Schlesische 46,00 bis 47,00 M, Schabestärke 34—35 M, Maisstärke 39,00—40 M, Reisstärke (Strahlen) 47,00—48,00 M, do. (Stücken) 43,00—44,00 M. Alles per 100 Kilo ab Bahn bei Partien von mindestens 10 000 Kilogramm.

Fremde.

Hotel Englisches Haus. Scherschewski a. Königsberg, Herold a. Dresden, Bauer, Foth, Prinz, Grätz u. Stiel a. Berlin, Großmann a. Morgenstern i. B., Neubarth a. Pulsnitz, Broell a. Stuttgart, Miehrau a. Tilsit, Braun a. Köln a. R., Schutzler u. Adler a. Breslau u. Weiblich a. Aachen, Kaufleute. Baron Budberg u. Mister Worth a. Rußland. Langner a. Illowo, Rittergutsbesitzer. Pohlmann a. Graudenz, Oberbürgermeister. Mann a. Brandenburg, Rentier. Bruder a. Berlin, Photograph. Stein a. Hannover, Director. Jungmann a. Althoff, Gutsbesitzer.

Hotel du Nord. Michaelis, Hamburger, Albrecht, Laugenfaß, Jacob, Koenig, Meusel, Gaulmann, Groß, Glawe, Krebs, Mumbrauer, Cohn, Greiner, Haese, Neiteler, Epstein, Schlesinger, Schrödter, Bornstein u. Predeck a. Berlin, Meyer a. Dessau, Blochert u. Schmidt a. Stettin, Becker a. Cassel, Zweig a. Ratibor, Oehlschlägel u. Nassauer a. Frankfurt, Ahrens a. Alfeld, Smit a. Coventry, Schneider a. Eßlingen, Apfelstedt, Vitense u. Bitzenhofer a. Hamburg, Nolze a. Bremen, Gude a. Stettin, Schöller a. Düren, Weeber a. Kosten, Hay a. Königsberg, Schlur a. Paris, Büchser a. Pforzheim u. Prenzlau a. Kaiserslautern, Kaufleute. v. Milschewski a. Zelasen, Rittergutsbes. Nolze a. Bremen, Director. du Bois a. Lukoschin, Pr.-Lieut. u. Rittergutsbesitzer.

Schiffs-Liste.

Neufahrwasser, 23. Februar. Wind: SSO.

Angekommen: Margarete (SD.), Etzler, Cuxhaven, Güter.

Gesegelt: Wagrien (SD.), Dethlessen, Oporto, Holz. — Prinz Heinrich (SD.), Plambeck, Oxlesund, Oelkuchen und Getreide.

Nichts in Sicht.

Verantwortliche Redacteure: für den politischen Theil und vermischte Nachrichten: Dr. B. Herrmann, — das Feuilleton und Literarische: H. Röckner, — den lokalen und provinziellen, Handels-, Marine-Theil und den übrigen redactionellen Inhalt: A. Klein, — für den Inseratentheil: Otto Kafemann, sämmtlich in Danzig.

Durch die schwere aber glückliche Geburt eines strammen Mädchens wurden hocherfreut

Zigankenbergerfeld, den 23. Februar 1892

Maximilian Hoehle und Frau geb. **Nitsch.**

Concursverfahren.

Ueber das Vermögen der offenen Handelsgesellschaft **Abrahmsohn und Murzynski** in Danzig, Gr. Wollwebergasse 2, wird heute am 22. Februar 1892, Nachmittags 7 Uhr, das Concursverfahren eröffnet.

Der Kaufmann **Adolph Eyck** von hier, Breitgasse Nr. 108, wird zum Concursverwalter ernannt.

Concursforderungen sind bis zum 8. April 1892 bei dem Gerichte anzumelden.

Es wird zur Beschlußfassung über die Wahl eines anderen Verwalters, sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretenden Falls über die in § 120 der Concursordnung bezeichneten Gegenstände — auf **den 18. März 1892,** Vormittags 11 Uhr, — und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf **den 22. April 1892,** Vormittags 11 Uhr, — vor dem unterzeichneten Gerichte, Zimmer Nr. 42, Termin anberaumt.

Allen Personen, welche eine zur Concursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Concursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegeben, nichts an den Gemeinschuldner zu verabfolgen oder zu leisten, auch die Verpflichtung auferlegt, von dem Besitze der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgesonderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Concursverwalter bis zum **8. April 1892** Anzeige zu machen.

Danzig, den 22. Februar 1892.

Königliches Amtsgericht XI.

Bekanntmachung.

Zufolge Verfügung vom 19. Februar 1892 ist an demselben Tage in unser Gesellschaftsregister Folgendes eingetragen:

a) unter Nr. 43 bei der Firma **„Gustav Röthe"** in Col. 4: die Gesellschaft ist durch Vertrag auf den Kaufmann **Alfred Muscate,** den Fabrikbesitzer **Willy Muscate** und den Fabrikbesitzer **August Bentzki** übergegangen und daher hier gelöscht.
Vergleiche Nr. 81 des Gesellschaftsregisters.

b) unter neuer Nummer:
Col. 1 Nr. 81 (früher Nr. 43).
Col. 2 **Gustav Röthe's** Buchdruckerei und Verlag des Geselligen.
Col. 3 Graudenz.
Col. 4 die Gesellschafter sind:
1. der Kaufmann **Alfred Paul Muscate** in Danzig,
2. der Fabrikbesitzer **Willy Paul Muscate** in Dirschau
3. der Fabrikbesitzer **August Bentzki,** hier.

Die Befugniß zur Vertretung der Gesellschaft steht jedem Gesellschafter in gleichem Maße zu, doch wird die Firma stets nur mit der Unterschrift zweier Gesellschafter gezeichnet werden.

Graudenz, den 19. Febr. 1892.

Königliches Amtsgericht.

Bekanntmachung.

Zufolge Verfügung vom 19. Febr. 1892 ist an demselben Tage in unsere Handelsregister Folgendes eingetragen:

a. in das Gesellschaftsregister unter Nr. 23 bei der Firma **Thomaschewski & Schwarz** in Col. 4:
Die Gesellschaft ist nach dem Tode des Kaufmanns **Carl Schwarz** auf den Kaufmann **Rudolph Thomaschewski** hier, allein übergegangen und deshalb hier gelöscht.
Vergleiche Firmenregister Nr. 439. (8879

b. in das Firmenregister unter neuer Nummer.
Col. 1: Nr. 439 (früher Nr. 23 des Gesellschaftsregisters).
Col. 2: Kaufmann **Rudolph Thomaschewski** zu Graudenz.
Col. 3: Graudenz.
Col. 4: **Thomaschewski & Schwarz.**

Graudenz, den 19. Februar 1892.

Königliches Amtsgericht.

Die Lieferung von 750 Tonnen Portland-Cement und 42000 Kilogr. gebrannten Kalk für das Etatsjahr 1892/93 soll am 21. März d. J., Mittags 12 Uhr, öffentlich verdungen werden.

Angebote hierauf sind portofrei und mit der Aufschrift „Angebote auf Cement oder Kalk" versehen, einzusenden.

Die Lieferungsbedingungen liegen im diesseitigen Bureau aus, können auch gegen 1 Mark von der unterzeichneten Behörde bezogen werden. (8899

Danzig, den 17. Februar 1892.

Königliches Eisenbahn-Betriebs-Amt.

Bekanntmachung.

In unserem Handels- (Firmen-) Register ist die unter 305 eingetragene Firma **O. Schotte** gelöscht worden. (8880

Mewe, den 16. Februar 1892.

Königliches Amtsgericht.

Bekanntmachung.

Die Lieferung der Verpflegungs- und Wirthschaftsbedürfnisse für das hiesige Gerichtsgefängniß als:
Hafergrütze, Gries, Gerstenmehl, Weizenmehl, Erbsen, Graupen, Reis, Kartoffeln, Rindfleisch, Speck, Salz, Butter, Gewürze, Essig, Milch und Brod
soll auf die Zeit vom 1. April bis Ende September d. Js. im Wege der Submission im Einzelnen vergeben werden.

Versiegelte schriftliche Offerten unter Uebersendung von Qualitätsproben mit entsprechender Aufschrift sind bis zu dem am **10. März cr., Vormittags 11 Uhr,** im hiesigen Kassenlokale anstehenden Termine einzureichen.

Die Lieferungs-Bedingungen liegen dortselbst zur Einsicht aus und können auch gegen Einsendung von 1 M abschriftlich bezogen werden.

In demselben Termine sollen auch die in dem hiesigen Gefängniß vom 1. April d. Js. ab zu gewinnenden Küchenabfälle, als Speisereste, Knochen, Kartoffel- und Wruckenschalen und zwar an den Meistbietenden vergeben werden. (8977

Rosenberg Westpr., den 20. Februar 1892.

Königliches Amtsgericht.
Der Gefängnißvorsteher.

Bekanntmachung.

Im Betriebsjahre 1892 werden in der hiesigen Gasanstalt ca. 350 Fässer Steinkohlentheer (Petroleum-Gebinde) gewonnen, welche an den Meistbietenden verkauft werden sollen. Schriftliche Offerten per Faß sind bis zum 25. März cr., Mittags 12 Uhr, mit der Aufschrift „Angebot auf Steinkohlentheer" an den hiesigen Magistrat einzureichen, woselbst auch die näheren Bedingungen einzusehen sind.

Stolp in Pommern, den 18. Februar 1892.

Der Magistrat.
D. Finck.

Bekanntmachung.

Die Lieferung von 36000 Ctr. bester engl. Gaskohlen frei Hof der hiesigen Gasanstalt soll an den Mindestfordernden vergeben werden. Offerten mit der Aufschrift „Angebot auf Kohlenlieferung für die Gasanstalt Stolp" sind bis zum 25. März cr., Mittags 12 Uhr, an den hiesigen Magistrat einzureichen, woselbst auch die näheren Bedingungen einzusehen sind.

Stolp in Pommern, den 18. Februar 1892.

Der Magistrat.
D. Finck.

In der **Blanck**'schen Concurssache soll eine Abschlagsvertheilung erfolgen. Der disponible Massenbestand beträgt

Mk. 4440,82.

Nach dem auf der Gerichtsschreiberei VIII des Königlichen Amtsgerichts XI hier niedergelegten Verzeichniß sind

Mk. 20102,35

zu berücksichtigen. (8927

Danzig, den 23. Februar 1892.

Der Concursverwalter
Paul Muscate jr.

Wir bringen hiermit zur allgemeinen Kenntnißnahme, daß Herr Max Reddig hierselbst Vertreter unseres Hauses nicht mehr ist. Wir ersuchen die geehrte Kundschaft mit uns direct verhandeln zu wollen.

Siegfr. Gruner & Co. in New-York. (8395

Habe mich als Arzt in Oliva niedergelassen im Hause des Herrn Kaufmann Schubert.

Dr. med. Schadewaldt,
prakt. Arzt, Wundarzt und Geburtshelfer.

Wer ist so freundlich mir zur Deckung meiner Zwerg-Affenpinscher-Hündin einen rasseechten Hund gegen Abgabe eines Jungen zu leihen. Offerten unter 8797 in der Exped dieser Ztg. erbeten.

Die **K. Casper**'sche Ringofen- und Dampfziegelei in **Lauenburg i. Pomm.** hat noch an
1000 Mille Mauersteine
abzulassen. (8446

Einen großen Posten **Kiefern Rollhölzer,** 2,50 Meter lang, 12 cm Mitte, habe franco Wasser Danzig preiswerth abzugeben.
Adressen unter 8892 in der Expedition dieser Zeitung erbeten.

6 Stück holländische tragende Stärken und 4 holländische, schön geformte sprungfähige **Zuchtbullen,** im Alter von $1\frac{1}{2}$—2 Jahren sind verkäuflich (8903
Dom. Genslau bei Hohenstein Westpr.

Geschäfts-Verkauf.
Ein Tapisserie- u. Lederwaaren-Geschäft ersten Ranges, mit guter und fester Kundschaft, in lebhafter Geschäftsgegend Ostpreußens, ist zu verkaufen. Da Inhaberin krank ist, am liebsten von sofort, spätestens März. Für 1 auch 2 Damen sichere Existenz. Näheres sub J. W. 7450 an **Rud. Mosse,** Berlin SW. (8884

Eine Gastwirthschaft mit Mühle, 5 Morgen kulm. Land, allein am Orte, sofort zu verkaufen.
K. Lemke, Zeyersniederkampe bei Elbing.

Ein sehr rentables **Mahl- und Sägemühlengut** mit 70 Hektar Acker krankheitshalber billig zu verkaufen.
Adressen unter 8902 in der Exped. dieser Zeitung erbeten.

Gesucht zu kaufen einen **Gasmotor,** gut erhalten, ca. 8—10 Pferdekräfte. Offerten mit Beschreibung, Angabe der Fabrik und Preis sub R. 99 an **Rudolf Mosse, Königsberg i. Pr.** (8881

Ein im Betrieb befindlicher **Pauksch'scher Röhrenkessel,** der ca. 40 Quadratmeter Heizfläche hat und auf fünf Atmosphären benutzbaren Dampfdruck geprüft ist, soll billig verkauft werden. (8129
W. Sultan, Thorn.

Ein gutes Pianino ist für den Preis von 280 M zu verkaufen. (8885
Heil. Geistgasse 118.

Auf ein städtisches Grundstück, Geschäftshaus bester Lage, dessen Werth laut gerichtlicher Taxe 83000 M ist, werden per 1. April 1892 zur ersten Stelle 36000 M gesucht.
Adressen vom Selbstdarleiher mit gefl. Zinsangabe unter 8923 in der Expedition dieser Zeitung erbeten.

Stellenvermittelung.

Stellensucher den Inspectoren, Wirthschaftsbeamten, Rechnungsführern, Wirthschafts-Eleven, Kämmerern, Jägern, Gärtnern, Kutschern, Schmieden, Instleuten, Stellmachern, Sattlern, Hofleuten, Vorarbeitern, Schäfern, Pferdeknechten, Arbeiterfamilien, Wirthinnen, Wirthschaftsfräuleins, Stützen der Hausfrau, j. Mädchen, Meierinn., Stubenmädch. u. s. w. werden offen. Stellen unentgeltl. nachgewies. d. den „Landwirthschaftl. Anzeiger" in Mohrungen Ostpr. (7328

Einen jüngeren **Commis,** der polnischen Sprache mächtig, sucht für sein Materialwaaren-, Eisen- und Schankgeschäft
X Goerendt, Neustadt Westpr. (8814

Eine erste leistungsfäh. **Bremer Cigarrenfabrik** sucht für den hiesigen Platz u. Umgegend einen tüchtigen, gut eingeführten **Vertreter** gegen hohe Provision.
Offerten unter F. 3775 befördert die Annoncen-Expedition von **Wilh. Scheller** in **Bremen.**

Reisender gesucht, der in den Provinzen Westpreußen, Posen etc. bei der Materialisten-Kundschaft **auf das Beste** eingeführt ist, für eine Fabrik aeth. Oele und Essenzen per 1. April bei gutem Salair u. Spesen.
Gefl. Offerten an R. A. per **Rudolf Mosse,** Stettin erbeten.

Ein Buchhalter für ein großes Bau- und Holzgeschäft, welcher seine Thätigkeit nachweisen kann, wird ges. Off. mit Zeugnißabschr. zu richten an **Dampfsägewerk Maldeuten. Ernst Hildebrandt.**

Lehrling für unser Seiden-, Modewaaren- und Wäsche-Ausstattungsgeschäft per 1. April oder sogleich gegen monatliche Remuneration gesucht
Loubier & Barck.

Ein **junges Mädchen,** d. kochen kann u. einige schriftl. Arbeiten übernimmt, wird zur Stütze der Hausfrau zum 1. April gesucht.
Adr. mit Zeugnißabschr. unter 8935 in der Exp. d. Zeitung erb.

Junge Damen, in feinen Häkelarbeiten sehr geübt, finden Beschäftigung. Probearbeit erwünscht. Meldungen von 11—2 Uhr Vormittags. Gr. Schwalbengasse 17II, links.

Eine Wirthin mit guten Zeugn., welche die Küche verst., wünscht eine Stelle zur Stütze der Hausfrau oder selbstständ. eine Stelle zu überneh. Adr. u. 8924 i. d. Exp. erb.

Junger Pharmaceut sucht Volontärstelle für Monat März in Danzig. Gefl. Offerten unter 8890 in der Exped. dieser Zeitung erbeten.

Ein junger Mann, 27 Jahre alt, militärfrei, der sowohl mit der Buchführung und sämmtlichen Comtoirarbeiten, als auch mit dem Außengeschäft vollständig vertraut ist, sucht, gestützt auf gute Zeugnisse und Referenzen, zum 1. April cr. anderweitig Stellung.
Adressen unter 8843 in der Exped. dieser Zeitung erbeten.

Maschinentechniker, praktisch wie theoretisch gebildet, mit Bureaupraxis, sucht per sofort oder später Stellung.
Offerten unter 8922 befördert die Expedition dieser Zeitung.

Eine geb. Familie ist gern bereit Schüler vom 1. April cr. bei mäßigem Preise aufzunehmen. Liebevolle Behandlung und gute Pflege wird zugesichert.
Adr. unter 8894 in der Exped. dieser Zeitung erbeten.

Knaben, welche die hiesigen Schulen besuchen, erhalten gute Pension, liebevolle Aufnahme, sorgsame Pflege.
Adressen unter 8730 in der Expedition dieser Zeitung erbeten.

Langenmarkt 42.
Eine herrschaftliche Wohnung, 7 Zimmer und Zubehör, zum 1. April zu vermiethen. Näheres daselbst parterre im Comtoir.

Brodbänkengasse 3 ist e. größeres Zimmer, unmöbl., an eine ältere Dame zu vermieth. Näheres I. Etage. (8722

Eine herrschaftliche Wohnung, bestehend aus 4 Zimmern nebst Badeeinrichtung, Küche, Keller, Boden etc. ist zum 1. April zu vermiethen. Näheres Jopengasse 54 im Comtoir von 10—12 Uhr.

Mattenbuden 32, I. Etage, 5 Z., K., K., Beigel., Garten, für 1000 M einschl. Wasserzins zum 1. April zu vermiethen. Besichtigung täglich von 12—1 Uhr.

Ein gefüllter Eiskeller ist zu vermiethen. Näh. Jopengasse 54 im Comtoir. (8386



Kaufmänn. Verein von 1870.
Mittwoch den 24. Feb. 1892, Abends präcise $8\frac{3}{4}$ Uhr im Kaiserhof.
Vortrag
vor Damen und Herren des Herrn Rabbiner **Dr. Werner:** **„Erziehungsbilder aus dem Orient".**
Gäste sind willkommen.
Der Vorstand.

Für die hiesige Suppenküche gingen ferner ein: Vom Offizier-Kasino hier 30 M, von Herrn Otto Münsterberg-Danzig 30 M, von der Aktien-Brauerei Klein Hammer 1/2 To. Bier, von Herrn Fischer hier nochmals 1/2 To. Bier, von Herrn W. Wirthschaft-Danzig 1 Fuhre Torf, von Herren Leimert und Busse hier je 5 Kilo Fleisch, Ungenannt hier 50 Kilo Kumst, 50 Kilo Kartoffeln, 50 Kilo Wrucken.

Neufahrwasser, den 22 Februar 1892.

Fr. Block.

Ein schwarzer Hund (Neufundländer) ist verloren gegangen. Gegen Belohnung abzugeben Hundegasse 32.

Die Buchhandlung von **L. G. Homann u. F. A. Weber** hier hat einen Prospekt über Dr. Bock's Buch vom gesunden und kranken Menschen dieser Nummer beilegen lassen. (8915

Druck und Verlag
von A. W. Kafemann in Danzig.